

# souverän



15. Bundesdelegierten-  
versammlung  
der Senioren-Union:

**„Im Parcours der  
Tagespolitik mitreiten“**

CDU-Senioren  
pochen auf mehr  
Mitsprache

# Lesen was gesund macht.

## Weitere Themen:

- ▶ **Vitamine:** Wie Sie Mangelzustände vermeiden und beheben können
- ▶ **Reisemedikamente:** Was Sie über Wechselwirkungen wissen müssen
- ▶ **Gluten-Unverträglichkeit:** Warum es immer mehr Betroffene gibt
- ▶ **Aroma-Therapie:** Bei welchen Beschwerden ätherische Öle helfen
- ▶ **Schönes Haar:** Die besten Pflege-Tipps für jeden Haartyp

Alle 14 Tage NEU  
in Ihrer Apotheke.



[www.apotheken-umschau.de](http://www.apotheken-umschau.de)

*Ich bin froh, dass Sie sich für  
die Senioren-Union der CDU einsetzen,*



Die Bundesdelegiertenkonferenz der Senioren-Union Anfang September in Schwerin hat personelle Entscheidungen für die kommenden Jahre getroffen und eine Reihe wichtiger politischer Akzente gesetzt, die ihre Handschrift in der Öffentlichkeit deutlich machen sollen. Denn es ist unbestritten, und es gibt keinen Zweifel daran, dass die über 60-Jährigen bei allen Wahlen nicht nur die mit Abstand wahlfreudigste Gruppe waren, sondern in ihrer großen Mehrheit der CDU ihre Stimme gegeben und sie zur stärksten Partei knapp vor der absoluten Mehrheit gemacht haben. Und weil das so ist, verlangt die Senioren-Union in Zukunft mehr Mitbestimmung. Wenn sie etwas durchsetzen will, was nur schwer durchzusetzen ist, dann kann sie – mit Verlaub – nicht pflaumenweich reden, und so die Union auf Dauer in der Politik Erfolg haben will, dann muss sie den Älteren unter den Vorgaben der demographischen Entwicklung schon aus Vernunftgründen jenen politischen Spielraum einräumen, der ihnen nun einmal zusteht. Den will die Senioren-Union insbesondere in der Rentenpolitik nutzen. Rentenansprüche dürfen nicht weiter in einer Weise absinken, dass Rentner in eine Armutsfalle geraten, die ihrer Lebensleistung Hohn spricht. Wer sein Leben lang gearbeitet, eine Familie gegründet und Kinder aufgezogen hat, darf nicht der Beliebigkeit einer vom Staat verordneten Almosenhilfe anheimfallen. Welche Altersperspektiven würden sich den Jüngeren in ihrem Alter bieten, das nicht frei von finanziellen Sorgen wäre und keine unabhängigen Entscheidungen mehr zuließe. Erfolgreiche Rentenpolitik hat immer mit der Gewissheit zu tun, die Ältere nicht in einen mit Sorgen überfrachteten Lebensabend hineinschlittern lässt und die Jüngeren nicht durch Überforderung daran hindert, ihre Lebensplanung frei und ihren Wünschen gemäß selbst zu bestimmen. Eine solide finanzierte Altersrente ist ein stabiler und verlässlicher Anker für eine solidarische und eigenverantwortliche Gesellschaft.

Zusätzlich müssen Kranken- und Pflegeversicherung so reformiert werden, dass eine optimale medizinische wie pflegerische Versorgung erreicht werden kann, die in geeigneter Form vor allem den Pflegebedürftigen zuteil wird. Dazu muss der Pflegeberuf attraktiver werden und sein Stellenwert eine weitaus höhere gesellschaftliche Anerkennung erfahren als bisher.

Was den Arbeitsmarkt angeht, müssen die Älteren mehr Chancen bekommen, über das festgesetzte Rentenalter hinaus länger arbeiten zu können. Davon wird es mit Blick auf die demographische Entwicklung abhängen, ob in den kommenden Jahren der große Bedarf an Fachkräften gedeckt werden kann. Wird die drohende Lücke auf dem Arbeitsmarkt nicht geschlossen, so ist mit einem Rückgang der Wirtschaftskraft unseres Landes zu rechnen mit allen übersehbaren und nicht übersehbaren negativen Folgen für Wohlstand und soziale Sicherheit. Zusätzlich sind die Arbeitsbedingungen für Ältere zu verbessern, um überhaupt länger im Berufsleben stehen zu können, was wiederum nur erfolgreich sein kann, so auch deren Weiterbildung gefördert wird. Die

Politik muss dazu die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Senioren-Union wird sie anmahnen und sich einmischen.

Ein Thema beschäftigte die Senioren-Union auf ihrer Delegiertenkonferenz in ganz besonderer Weise. Es ging um die strafrechtliche Regelung der Sterbehilfe. In der Öffentlichkeit gibt es Vorschläge, die ein Verbot jeder organisierten oder gewerblichen Sterbehilfe vorsehen, andererseits die Ärzteschaft ermächtigen sollen, Todeswilligen entsprechende Medikamente zu verschaffen. Die Senioren-Union hat dazu mit sehr großer Mehrheit auf ihrer Konferenz den Beschluss gefasst, bei einer Regelung des Sterbehilfegesetzes jede geschäftsmäßige oder durch eine Organisation durchgeführte Sterbehilfe zu verbieten und stattdessen für einen verstärkten Ausbau der Hospiz- und Palliativbegleitung Sorge zu tragen. Die Diskussion über die in der Tat entscheidende Frage, wie die Gesellschaft den Sterbenden auf dem letzten Teil ihres Lebensweges begleiten soll, wird mit Sicherheit in Zukunft zunehmen und sollte mit großer Ernsthaftigkeit und ebenso großer Verantwortung geführt werden.

Und schließlich wird sich die Senioren-Union intensiver mit der Europapolitik beschäftigen. Angesichts der Krisenherde nur wenige Flugstunden von uns entfernt in der Ukraine, im Nahen Osten und im Irak, erfahren wir hautnah, dass nur ein starkes und geeintes Europa im Verbund mit Amerika eine entscheidende Hilfe bei der Krisenbekämpfung leisten kann. Umso mehr gilt es, unsere Kräfte auf dem alten Kontinent zu bündeln und sich auf unsere gemeinsamen Werte und kulturellen Wurzeln zu besinnen, die es nicht zulassen, dass zigtausende von Menschen, nur weil sie zu ihrem angestammten Glauben stehen, wehrlos einer grausamen Meute mordender so genannter Glaubenskrieger ausgeliefert werden. An unserer Reaktion wird sich zeigen, ob wir noch Kraft und Mut, Überzeugung und Selbstvertrauen, Verantwortung und Gewissen haben, diesem entsetzlichen Treiben Einhalt zu gebieten. Edelmut und Charakter können wir beweisen bei der Hilfe für die Flüchtlinge, zu denen viele Christen gehören, die ihren todbringenden Häschern entkommen konnten. Die oft beschworene abendländische Werteordnung wird auf die Probe gestellt. Die Senioren-Union wird dabei weder schweigen noch abseits stehen!

*Mit freundlichen Grüßen  
Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff

Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



## Impressum

Herausgeber  
Senioren-Union der  
CDU Deutschlands  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin  
Tel. 030 / 220 70 - 4 45  
Fax 030 / 220 70 - 4 49  
E-Mail seniorenunion@cdu.de  
www.senioren-union.de

### Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG  
Postfach 30 · 52153 Monschau  
Geschäftsführer: Martina Schmitz  
Verlagsleiter: Alexander Lenders  
Tel. 02472 - 9 82 118  
Fax 02472 - 9 82 77 114  
alenders@weiss-verlag.de

### Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten  
Wolfgang Braun  
Braun Medien GmbH  
Riedelstraße 14  
42349 Wuppertal  
Tel. 0202 - 3 17 86 93  
Fax 0202 - 3 17 86 95  
kbmedien.braun@t-online.de

### Auflage:

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

### Leserzuschriften an:

Senioren-Union der  
CDU Deutschlands  
Redaktion Souverän  
Konrad-Adenauer-Haus  
(Adresse s.o.)

### Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG  
Hans-Georg-Weiss-Straße 7  
52156 Monschau  
Layout: Ute Meurer

### Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz  
Tel. 02056 - 5 73 77  
Fax 02056 - 6 07 72  
pressebuero\_oberholz@t-online.de

### Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Wolfgang Börnsen, Leonhard Kuckart, Karl-Josef Laumann, Carsten Linnemann, Prof. Dr. Herbert Prantl, Erwin Rüdell, Fabian Schalt, Prof. Dr. Otto Wulff, Ulrich Winz

### Bildnachweis:

Roland Rochlitzer, Bertelsmann-Stiftung, wikimedia, fotolia,

Titelfoto: R. Rochlitzer

### Titelthema:

15. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union vom 4./5. September in Schwerin

### 6 „Im Parcours der Tagespolitik mitreiten“

Bericht von der 15. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands

### 10 Gute Pflege auch in Zukunft

Erwin Rüdell MdB über umfassende Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung

### 12 Pflege für ein würdevolles Altern dauerhaft sichern

Gesundheitsstaatssekretär Karl-Josef Laumann zur Pflegeversicherung unter sich ändernden demografischen Verhältnissen

### 15 Riesiger Beratungsbedarf

Eine Übersicht zu den Pflege-Nottelufen und -Beschwerdestellen in Deutschland

### 18 Leben die Alten auf Kosten der Jungen?

Ein Interview mit Dr. Kirsten Witte von der Bertelsmann-Stiftung

### 20 Nichts geht mehr ohne die Senioren

Der demografische Wandel hat die Wahlurne erreicht, entscheidend ist künftig die Generation 60plus

### 21 Generationenkonflikt oder Zusammenhalt?

Leonhard Kuckart, stv. Bundes- und Landesvorsitzender NRW der SU, zu medialen „Übergriffen“ auf die ältere Generation

### 22 Qualifizierter als jede Generation zuvor

Der Generali Zukunftsfonds nimmt

in wissenschaftlichen Studien die Erwartungen und die Denke der älteren Generation unter die Lupe.

### 24 Die jungen und die alten Alten: Eine Bereicherung! Prof. Dr. Herbert

Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, gibt Denkanstöße für eine neue Generation von Senioren

### 26 Türöffner für eine neue Rentendebatte

Mit der Flexi-Rente Beschäftigungshürden für Ältere abbauen – ein Beitrag von Carsten Linnemann MdB, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

### 30 Integrationshilfe? Im Gegenteil ...

Ein Interview mit Peter Graf Kielmansegg zur doppelten Staatsbürgerschaft

### 31/32 Aus der Senioren-Union

### 33/34 Nachrichten aus der Europäischen Senioren Union (ESU)

### 35 Der Postbote als Kümmerer?

Ein Projekt aus Belgien, das nun auch in Deutschland Nachahmer findet – neue Wege in der Sozialarbeit oder fragwürdiges Geschäftsmodell?

### 36/37 Leserbrief

### 38 Vollständige Gleichberechtigung anstreben! Wolfgang Börnsen, SU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein über die Benachteiligung der deutschen Sprache im EU-Geschäftsbetrieb

### 39 Buchtipps

# Gesund und fit – auch im Alter

## Weitere Themen:

- ▶ **Starker Rücken:** Welche Übungen für eine kräftige Muskulatur sorgen
- ▶ **Gemüseküche für zwei:** Gesunder Genuss mit leichten Kürbis-Gerichten
- ▶ **Countdown zum Abflug:** Was Sie bei einer Fernreise alles beachten sollten
- ▶ **Kräuter als Medizin:** Bekömmlicher essen mit Oregano, Rosmarin & Co.
- ▶ **Häusliche Pflege:** Wie Sie die Online-Beratung für Pflegende richtig nutzen

Jeden Monat neu  
in Ihrer Apotheke.



[www.senioren-ratgeber.de](http://www.senioren-ratgeber.de)



„Zukunft braucht Erfahrung“ lautete der Slogan der 15. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union. Sie brachte spannende und inspirierende Auftritte und Diskussionen. Hier einige Schlaglichter ...

Keine 60 Sekunden stand der Bundesvorsitzende der Senioren-Union (SU) am Rednerpult, da sprach er auch schon Tacheles. „Die Vereinigung der Älteren in der CDU wird sich auch aus numerischen Gründen nicht mehr mit der Rolle eines politischen Zaungastes zufrieden geben“, rief Prof. Dr. Otto Wulff den Delegierten in Schwerin zu, „sie will und wird vielmehr im Parcours der Tagespolitik mitreiten und beweisen, dass sie mit den Zügeln geschickter umzugehen weiß als so mancher juvenile Draufgänger, der mit seinem Pferd im Graben landet.“ Zu oft fehle auch in der eigenen Partei der Respekt vor der Arbeit der Senioren-

Union, die beispielsweise bei den Koalitionsverhandlungen ausgegrenzt wurde, beklagte der SU-Chef. Dies trotz der unbestreitbaren Tatsache, dass die Generation 60plus in ihrer großen Mehrheit der CDU bei Wahlen im-

## „Im Parcours der Tagespolitik mitreiten“

mer wieder ihre Stimme gibt, und die demografische Entwicklung zwangsläufig dazu führt, dass ohne die Älteren in diesem Land keine Wahlen mehr zu gewinnen sind. Der für Klartext bekannte SU-Bundesvorsitzende formulierte daher: „Wer auf Dauer in der Politik Erfolg haben und dabei nicht einer beängstigenden Naivität im fortgeschrittenen Stadium verhaftet bleiben will, der muss den Älteren schon aus Vernunftgründen jenen politischen Be-





Wiedergewählt:  
Prof. Dr. Otto Wulff

## Der neue Bundesvorstand

Auf der 15. Bundesdelegiertenversammlung am 4./5. September 2014 in Schwerin wurden gewählt:

### Bundeschatzmeister:

Prof. Dr. Otto Wulff, Nordrhein-Westfalen

### Stv. Bundesvorsitzende:

Wolfgang Börnsen, Schleswig-Holstein  
 Alfons Gerling, Hessen  
 Helga Hammer, Rheinland-Pfalz  
 Leonhard Kuckart, Nordrhein-Westfalen  
 Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Baden-Württemberg  
 Christa Thoben, Nordrhein-Westfalen

### Bundesschatzmeister:

Heinz Soth, Nordrhein-Westfalen

### Stv. Bundesschatzmeister:

Dr. Norbert Wiggershausen, Baden-Württemberg

### Schriftführer:

Dr. Gerhard Schier, Hessen

### Beisitzer:

Eberhard Bauerdick, Nordrhein-Westfalen  
 Helge Benda, Nordrhein-Westfalen  
 Hans-Rudolf Benteler, Nordrhein-Westfalen  
 Rolf Berend, Thüringen  
 Claus Bernhold, Baden-Württemberg  
 Heidi Exner, Niedersachsen  
 Jürgen Feddersen, Schleswig-Holstein  
 Karin Giovanella, Rheinland-Pfalz  
 Norbert Gönnewicht, Nordrhein-Westfalen  
 Hermine Hecker, Hamburg  
 Erika Koegel, Niedersachsen  
 Ursula Kuri, Baden-Württemberg  
 Dr. Fred-Holger Ludwig, Rheinland-Pfalz  
 Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Sachsen-Anhalt  
 Wilma Ohly, Nordrhein-Westfalen  
 Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Nordrhein-Westfalen  
 Gertraud Schickedanz, Berlin  
 Doralies Schrader, Hessen  
 Reinhold Uhlenbrock, Nordrhein-Westfalen

Zukunft braucht Erfahrung

### Die sechs stellvertretenden Bundesvorsitzenden



Helga Hammer



Christa Thoben



Leonhard Kuckart



Wolfgang Börnsen  
in Abwesenheit gewählt



Alfons Gerling



Prof. Dr. Wolfgang  
Freiherr von Stetten





Spannende Zeitgeschichte: Podiumsdiskussion zu den Geschehnissen vor 25 Jahren an der ungarischen Grenze, links der damalige Botschafter Dr. Istvan Horvath

## Podium: 25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs

Zeitgeschichte vom Feinsten, weil aus erster Hand, bot am Abend des ersten Tages ein Podium mit Dr. Istvan Horvath, Botschafter der Republik Ungarn von 1984 bis 1991, Dr. Jürgen Sudhoff, Staatssekretär im Auswärtigen Amt von 1985 bis 1991, und Dr. Georg Hefty, zur damaligen Zeit verantwortlicher Redakteur „Zeitgeschehen“ bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Nach einem Grußwort des aktuellen ungarischen Botschafters in Berlin, Dr. Jozsef Czukor, hörte das Auditorium Details und Hintergründe der Geschehnisse im Jahre 1989 und davor. Denn, so Horvath und Sudhoff übereinstimmend, die Zeitenwende im damaligen Ostblock begann nicht erst im Jahr des Mauerfalls. Während der Widerstand in Polen in Form der Solidarnosc aufkeimte, hatte auch die ungarische Führung etwa ab 1980 die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Perspektivlosigkeit des damals von der Sowjetunion angeführten Ostblock-Bündnisses erkannt und in den Folgejahren Kontakte in den Westen, vor allem zur Bundesrepublik, aufgebaut, um eine Abkoppelung von der Sowjetunion zu erreichen. Gleichwohl glaubte man auf deutscher Seite im April 1989 trotz zuvor erfolgter Geheimberatungen im nordrhein-westfälischen Gymnich mit der ungarischen Ankündigung zur Grenzöffnung noch keineswegs „an das Wunder der Wiedervereinigung“, so Sudhoff. Es sollten spannende und nervenzerreißende Monate vergehen, bevor sich die tatsächliche Chance zur Wiedervereinigung auftat. Entscheidend in diesem ganzen Prozess sei die Übernahme der Macht in Moskau durch Michail Gorbatschow gewesen, so die Podiumsteilnehmer. Doch habe niemand zur damaligen Zeit wissen können, wie lange sich der Kreml-Chef an der Macht halten könne, denn nicht nur in Russland, sondern auch in anderen Ostblock-Staaten habe es große Ängste in Bezug auf die von Gorbatschow angestrebten Reformen gegeben. Wie wir heute wissen, meinte es die Geschichte gut mit uns ...

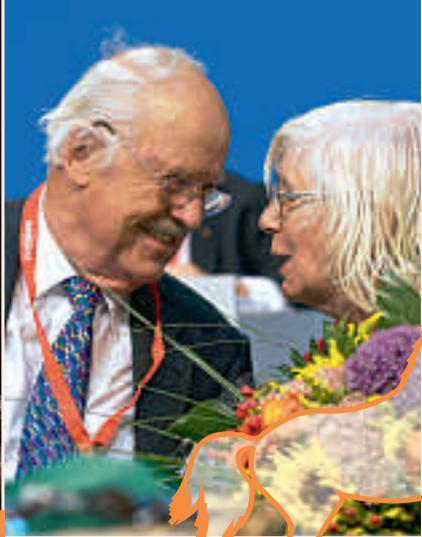
teiligungsspielraum einräumen, der ihnen zusteht.“ Er forderte vor diesem Hintergrund u.a. deshalb die Bildung von Arbeitsgruppen für Seniorenpolitik in den CDU-Fraktionen in Bundestag und Länderparlamenten. Unter dem Beifall der über 260 Delegierten setzte er hinzu: „Alle in der Gesellschaft werden sich mehr darauf konzentrieren müssen, nicht nur das Alter besser kennenzulernen, sondern auch klüger mit ihm umzugehen.“ In seiner kämpferischen Rede beschrieb Wulff die Rolle der Senioren-Union als die einer Vereinigung, die keinesfalls Partikularinteressen verhaftet sein will. „Alleiniger Einsatz für die Älteren ist unsere Sache nicht“, sagte er, fügte aber hinzu: „Wir werden es aber auch nicht zulassen, dass die berechtigten Interessen der Älteren auf Mitbestimmung und Beteiligung weiter an den Rand der Politik gedrängt werden.“ Schlagzeilen wie die vom kommenden „Krieg der Generationen“ seien „bodenlos leichtsinniges Geschwätz“, sie be- und verhinderten nur eine zielgerichtete Debatte zur Lösung der tatsächlich vorhandenen Probleme. Zu diesen Sachproblemen zählt Wulff beispielsweise das System der starren Altersgrenzen oder auch die Frage, ob unsere bestehenden Sozialsysteme in der Lage

sein werden, Altersarmut zu verhindern. Der SU-Chef sprach Fragen der Pflegeversicherung an und bekräftigte im Rahmen der aktuellen Diskussionen um die Sterbehilfe seine Ablehnung jeglicher Suizidbeihilfe. Er sehe die Gefahr, dass ältere und kranke Menschen unter Druck gesetzt werden könnten, aus dem Leben zu gehen. „Dieses Land hat die Vergangenheit nicht vergessen und darf nicht noch einmal Maß und Mitte verlieren, indem es eine, wie auch immer begründete Euthanasie legalisiert“, mahnte der SU-Chef. In seiner immer wieder von Beifall unterbrochenen Rede widmete sich Wulff auch Themen wie dem Umgang mit religiösem Fundamentalismus oder den Gefahren, die dank den rasanten Fortschritten der IT-Technik durch den Handel mit Daten entstehen könne, wenn dieser – so Wulff – zum „Freibeutertum“ ausartet. Es war sicher nicht nur dieser Parforceritt durch die aktuellen Kümernisse und Gefahren dieser Welt, die dem 81-jährigen erneut ein traumhaftes Wahlergebnis bescherten. Mit über 92 Prozent bestätigten die Delegierten in Schwerin den seit 12 Jahren an der Spitze der SU stehenden Wulff zum sechsten Mal in seinem Amt! Erster Gratulant war Bundesgesundheits-



Hermann Gröhe  
braucht Erfahrung





## „Im Parcours der Tagespolitik mitreiten“

minister Herrmann Gröhe, der bei der Tagung die Vorhaben der Bundesregierung im Bereich der Pflegepolitik skizzierte (vgl. Souverän 2-2014, S. 6/7). Er warb auch dafür, durch eine modernere Ausbildung mehr Menschen für den Beruf der Altenpflege zu gewinnen. Wie SU-Chef Wulff wandte sich Gröhe strikt gegen aktive Sterbehilfe. Ziel müsse es vielmehr sein, dass Menschen „an der Hand eines anderen Menschen sterben können, nicht durch die Hand eines anderen“. Sein Staatssekretär Karl-Josef Laumann plädierte am zweiten Tag der Delegiertenversammlung dafür, älteren Menschen einen Anspruch auf Tagespflegeplätze zu gewähren, analog zu dem bereits bestehenden Anspruch auf Kita-Plätze für die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Zu einem eher allgemeinen Rundumschlag auf den Feldern der aktuellen Politik holte

Kanzleramtsminister Peter Altmaier aus. Er spannte den Bogen von der Ukraine-Krise bis hin zu einigen Spitzen gegen den sozialdemokratischen Koalitionspartner. In Sachen Seniorenpolitik forderte der Kanzleramtschef mehr Flexibilität für Ältere in der Arbeitswelt. Künftig werde es leistungsfähige 80-Jährige ebenso geben wie hilfsbedürftige 50-Jährige. „Für alle diese Menschen brauchen wir Angebote, so Altmaier, Staat und Wirtschaft müssten sich darauf einstellen.“

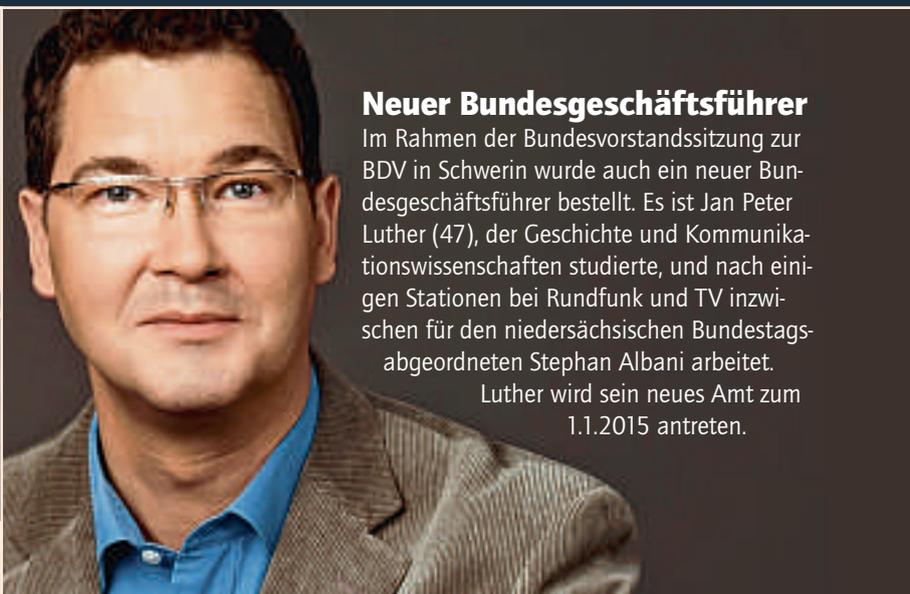
Neben den Auftritten der Polit-Prominenz wartete wie immer eine Menge Kärnerarbeit auf die Delegierten. So galt es, den gesamten Bundesvorstand neu zu wählen (die Wahlergebnisse im Einzelnen im Kasten auf S. 7) und eine dicke Vorlagemappe von Anträgen der Landesvereinigungen an die 15. Bundesdelegiertenversammlung zu bewältigen. Hier diskutierten die in die kleinste Landeshauptstadt Deutschlands gereisten Funktionsträger der Senioren-Union u.a. die Wiedereinführung eines Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger und Geringverdiener und mehrere Anträge zur Reformierung des Rentensystems. Auch die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Medikamente oder die

Entbürokratisierung der Pflegedokumentation standen im Mittelpunkt intensiver und engagierter Beratungen. Einmal mehr zeigte die Senioren-Union mit dieser Bundestagung, dass sie es versteht, die politische und gesellschaftliche Diskussion in unserem Land anzureichern und zu ergänzen. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Professor Wulff rief dennoch die SU als zweitstärkste Vereinigung der CDU und die CDU selbst dazu auf, „wieder mehr den unmittelbaren Kontakt zum Bürger zu suchen“. „Wir alle in der Union müssen uns dem Bürger mutiger stellen als bisher, agiler und offener unsere Meinung vertreten, unsere Politik wesentlich verständlicher machen“, so der SU-Chef. Eine Politik, „die von Vorständen und allen möglichen Gremien in Thesen aus dem vierten Stock heraus verkündet“ werde, erreiche im Keller keinen Wähler. Wulff: „Dazu müssen wir uns schon einige Treppen herunter bemühen, Talkshows können das unmittelbare Gespräch mit dem Bürger nicht ersetzen.“ Bis in die letzte Reihe des Auditoriums war zu spüren: Seine Kampfbereitschaft hat dieser seit 15 Jahren auch dem Bundesvorstand der CDU angehörende SU-Vorsitzende auch in seiner siebten Amtszeit nicht verloren ...



Erfahrung

Karl-Josef Laumann



### Neuer Bundesgeschäftsführer

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung zur BDV in Schwerin wurde auch ein neuer Bundesgeschäftsführer bestellt. Es ist Jan Peter Luther (47), der Geschichte und Kommunikationswissenschaften studierte, und nach einigen Stationen bei Rundfunk und TV inzwischen für den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Stephan Albani arbeitet. Luther wird sein neues Amt zum 1.1.2015 antreten.



Umfassende Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung:

## Gute Pflege auch in **Zukunft**

Die Pflegereform zählt zu den zentralen innenpolitischen Vorhaben in dieser Legislaturperiode.

Es handelt sich um die größte Reform seit Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung im Jahr 1995. Wir tragen damit dem demografischen Wandel Rechnung und schaffen zugleich in der Pflege umfangreiche Leistungsverbesserungen.

Die Soziale Pflegeversicherung wird zum Ende der Legislaturperiode mit jährlich 27 Milliarden Euro rund sechs Milliarden Euro mehr als bisher aufwenden können. Eine solch massive Aufstockung eines sozialen Sicherungssystems – um gut ein Fünftel! – gab es noch nie in einer deutschen Sozialversicherung. Die CDU-geführte Bundesregierung hält Wort: Wir wollen mehr Qualität, mehr Geld, mehr Betreuung und mehr Hände für gute Pflege in unserem Land.

Die Deutschen leben immer länger. Damit steigt die Zahl derer, die im Alter auf Unterstützung angewiesen sind. Von den rund 2,5 Millionen Menschen, die heute

Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen, werden etwa 1,75 Millionen zu Hause versorgt. Künftig werden immer mehr Menschen in einem Alter, in dem sie pflegebedürftig werden, immer weniger Angehörigen gegenüber stehen, die sie pflegen können.

Das Statistische Bundesamt rechnet damit, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland auf etwa 3,4 Millionen im Jahr 2030 und 4,5 Millionen in 2050 ansteigen wird. Damit es auch in Zukunft noch gute Pflege für alle Menschen gibt, stellen wir durch zwei Pflegereformen die Weichen neu:

Im ersten Reformschritt wird der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Von den insgesamt 3,6 Mrd. Euro Mehreinnahmen ist ein Drittel (also 0,1 Prozentpunkte) für die Einrichtung eines Pflegevorsorgefonds vorgesehen. Mit dem Pflegevorsorgefonds werden Rücklagen aufgebaut, um hohe Beitragssatzsteigerungen zu vermeiden, wenn die geburtenstarken Jahrgänge (die sog. „Babyboomer“) um das Jahr 2040 herum pflegebedürftig werden.

Für die direkte Verbesserung von Pflegeleistungen stehen 2,4 Mrd. Euro (0,2 Beitragssatzpunkte) zur Verfügung. Unser Ziel ist es, dass die zusätzlichen Mittel rasch bei denjenigen ankommen, die mehr Unterstützung brauchen: Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte sollen profitieren. Deshalb verbessern wir so schnell wie möglich die Pflegeleistungen und dynamisieren die Leistungen um vier Prozent, das entspricht 890 Millionen Euro jährlich. Dieser erste Schritt der Reform tritt bereits Anfang 2015 in Kraft.

Damit die professionellen Pflegekräfte wieder mehr Zeit für die Pflegebedürftigen haben, senken wir in Pflegeheimen den Schlüssel für Betreuungskräfte von 1 zu 24 pro Pflegebedürftigen auf 1 zu 20. Das schafft auch bessere Arbeitsbedingungen. Denn der Pflegeberuf muss wieder attraktiver werden.

Wir folgen dem Grundsatz „ambulant vor stationär“, indem die Mehrzahl der Leistungsausweitungen für die häusliche Versorgung vorgesehen sind. Es werden grundsätzlich die Betreuungsleistungen ausgeweitet, Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege sowie unterschiedliche Betreuungsformen flexibilisiert und es gibt deutlich höhere Zuschüsse für verbessernde Maßnahmen des Wohnumfelds, also zum Beispiel für den Einbau eines Treppenlifts oder für ein behindertengerechtes Bad.

Darauf aufbauend folgt bis 2017 der zweite Reformschritt, mit dem die Neudefinition der Pflegebedürftigkeit umgesetzt wird. Im Ergebnis werden vor allem Menschen mit demenziellen Erkrankungen in der Pflegeversicherung künftig deutlich besser gestellt sein. Alle diejenigen, die bereits eine Pflegestufe haben, erhalten Bestandsschutz.

Unsere große Pflegereform flankieren wir mit einer ganzen Reihe weiterer Maßnahmen zur Sicherung der flächendeckenden ambulanten und stationären Versorgung sowie für mehr Qualität und ein verbessertes Entlassmanagement der Kliniken. Denn eine hochwertige stationäre Versorgung bildet im Zusammenspiel mit den niedergelassenen Ärzten das Rückgrat für gute Pflege in unserem Land. ■



Der Autor:  
**Erwin Rüdell** MdB,  
ist Mitglied im Bundstags-Ausschuss für Gesundheit und Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die Pflegepolitik



# Natürlich besser leben.



Mit dem **natürlich hohen Hydrogencarbonat-Gehalt von 1.846 mg/l** und einer einzigartigen Mineralisation. Fein perlend und angenehm im Geschmack wird Staatsf. Fachingen seit jeher von Menschen getrunken, die auf ihre Säure-Basen-Balance achten. Beste Voraussetzungen für unbeschwerte Lebenslust.

[www.fachingen.de/hydrogencarbonat](http://www.fachingen.de/hydrogencarbonat)

**STAATL.  
FACHINGEN**

Das Wasser. Seit 1742.

Pflegeversicherung:

# Pflege für ein würdevolles Altern dauerhaft sichern

Die Pflege in Deutschland steht auf einem guten Fundament. Und doch haben wir keinen Grund, uns darauf auszuruhen. Denn künftig wollen wir eine gute und menschenwürdige Pflege auch dann sichern, wenn wir es mit vollkommen anderen demografischen Verhältnissen zu tun haben ...

Von Karl-Josef Laumann



Der 22. April 1994 ist ein Meilenstein in der deutschen Sozialgeschichte gewesen: An diesem Tag beschloss der Deutsche Bundestag die Einführung der Sozialen Pflegeversicherung. Das Elfte Sozialgesetzbuch (SGB XI) trat anschließend am 1. Januar 1995 in Kraft. Mussten bis dato die finanziellen Risiken der Pflegebedürftigkeit allein geschultert werden, bewies unser Land erneut, was gelebte Solidarität bedeutet. Seither können alle Bürger auch bei diesem allgemeinen Lebensrisiko auf die Unterstützung der Gesellschaft vertrauen – in Form einer Teilkaskoversicherung.

Die Pflege in Deutschland steht auf einem guten Fundament. Die Soziale Pflegeversicherung hat in den vergangenen gut 20 Jahren insgesamt betrachtet alle Herausforderungen gut gemeistert. Mit ihr wurde überhaupt erst die Basis für die heute bestehenden vielfältigen Strukturen in der Pflege geschaffen. Gleichzeitig hat sie sich als flexibel genug erwiesen, um immer neue Betreuungsangebote zu ermöglichen. Pflegegeld, Tages- und Nachtpflege, ambulant betreute Wohngruppen, Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Zuschüsse für Umbaumaßnahmen in der Wohnung: Diese und viele weitere Leistungen wären ohne die Pflegeversicherung nicht möglich gewesen – und das bei vergleichsweise stabilen Versicherungsbeiträgen. Das ist ein großer Erfolg.

Und doch haben wir keinen Grund, uns darauf auszuruhen. Denn künftig wollen wir eine gute und menschwürdige Pflege auch dann sichern, wenn wir es mit vollkommen anderen demografischen Verhältnissen zu tun haben. Die Fakten und Prognosen sprechen hier eine klare Sprache: Im Jahr 2008 waren 4,9 Prozent der deutschen Bevölkerung 80 Jahre und älter. Dieser Anteil wird bis 2030 voraussichtlich auf 8,3 Prozent und bis 2050 auf 14,8 Prozent ansteigen; sprich: sich nahezu verdreifachen. Bereits heute gibt es rund 2,6 Millionen Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl laut Experten auf mehr als 3,3 Millionen und bis zum Jahr 2050 sogar auf fast 4,4 Millionen erhöhen. Und: Die Zahl der Menschen in Deutschland, die in unterschiedlicher Ausprägung an Demenz erkrankt sind, wird von derzeit etwa 1,4 Millionen bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf 2,2 Millionen steigen.

Die Jahreszahlen mögen einem noch fern vorkommen. Doch wir müssen heute die richtigen Wege beschreiten, damit wir auch in Zukunft noch die passenden Rahmenbedingungen für eine gute und menschenwürdige Pflege haben. Es mag eine Binsenweisheit sein, dass, wenn wir heute nicht handeln, es morgen schon zu spät sein kann. Dennoch ist sie zutreffend. Die nötigen Weichenstellungen lassen sich nicht von einem auf den anderen Tag umsetzen.

Dafür müssen wir sachliche, aber auch mutige Debatten führen, die richtigen Schlüsse ziehen und daraus resultierend engagiert die richtigen Reformmaßnahmen ergreifen. Im Gegensatz dazu helfen Alarmismus und Skandalisierungen nicht weiter. Daher ist die vom VdK angekündigte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auch nicht hilfreich. Zudem trifft der vom VdK vermittelte Eindruck, dass wir es in Deutschland flächendeckend mit grundrechtswidrigen Zuständen in der Pflege zu tun haben, schlichtweg nicht zu. Die Lebenswirklichkeit, die ich u. a. bei Hunderten von Besuchen in Pflegeheimen kennengelernt habe, ist eine andere. Sowohl in den Familien als auch in den professionellen Einrichtungen wird sich mit viel menschlicher und fachlicher Kompetenz und mit einer guten Betreuung aufopferungsvoll für die Pflegebedürftigen eingesetzt.

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist die Reform der Pflege eines der wichtigsten Projekte der Bundesregierung in dieser Wahlperiode. Im Zentrum steht dabei vor allem der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Er soll bis zum Jahr 2017 umgesetzt sein. Gerade für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen wird dies ein wegweisender Fortschritt sein. Denn der bisherige Begriff orientiert sich an körperlichen Einschränkungen und ist auf bestimmte Alltagsverrichtungen wie Waschen, Essen oder Treppensteigen beschränkt. Das Ausmaß von Pflegebedürftigkeit wird dabei anhand des Faktors Zeit eingeschätzt.

Die so genannte "Minutenpflege" ist dabei zu Recht in die Kritik geraten. Das zeigt alleine folgendes Beispiel: Bislang erhält derjenige Unterstützung, der sich aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen nicht selbstständig sein Butterbrot schmieren kann. Dagegen ist derjenige, der

schlichtweg vergessen hat, wie man sein Butterbrot schmirt, dazu aber körperlich ohne Weiteres in der Lage wäre, weitgehend auf sich allein gestellt. Das muss und wird sich ändern.

Denn mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wird Demenz zum ersten Mal vollumfänglich in die Systematik der Pflegeversicherung aufgenommen. Dazu werden als Maßstab für die Begutachtung der tatsächlichen Pflegebedürftigkeit die bisherigen drei Pflegestufen abgeschafft und durch fünf Pflegegrade ersetzt. Die starre Beschränkung der Erfassung auf bestimmte körperliche Verrichtungen fällt weg. Stattdessen werden auf der Basis von acht so genannten Modulen weitere wichtige Faktoren wie etwa die Mobilität, die kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten sowie außerhäusliche Aktivitäten erfasst. Darüber hinaus wird der Übergang zwischen verschiedenen Versorgungsformen, insbesondere vor und nach einem Krankenhausaufenthalt, verbessert und die ambulant-häusliche Versorgung im Wohnumfeld weiter gestärkt.

Gerade Letzteres ist von ganz zentraler Bedeutung. Schließlich sind Angehörige, Verwandte, Nachbarn und Bekannte der größte Pflegedienst in Deutschland. Etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Ohne dieses vorbildliche Engagement, das – da dürfen wir uns nichts vormachen – natürlich oftmals auch mit spürbaren persönlichen Belastungen verbunden ist, würde die Pflege in Deutschland vor einem gewaltigen Problem stehen. Denn dann bräuchten wir weit mehr als die rund eine Million Menschen, die heutzutage in Deutschland schon in den Pflegeberufen tätig sind. Selbst wenn man die Frage außer Acht lässt, wie man das finanzieren könnte: Es wären schlichtweg nicht genügend ausgebildete Pflegefachkräfte vorhanden.

Darüber hinaus gibt es aber einen noch bedeutenderen Grund, die häusliche Pflege zu stärken: Das ist der Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, so lange es geht in der gewohnten Umgebung, sprich: zu Hause, zu leben. Gerade für Demenzerkrankte ist dies oftmals extrem wichtig: Ihnen fällt es grundsätzlich leichter, sich im Alltag in den wohlbekanntesten eigenen vier Wänden zurechtzufinden als plötzlich in einer völlig neuen und fremden Umgebung.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung der häuslichen Pflege bereits zum 1. Januar 2015 mit einem ganzen Maßnahmenbündel den Rücken stärken. Unter anderem werden fast alle Leistungen der Pflegeversicherung um vier Prozent dynamisiert. Das betrifft etwa das Pflegegeld für die häusliche Pflege, den Anspruch auf Pflegesachleistungen für die häusliche Pflege, die Pflegehilfsmittel sowie die Kurzzeit-, Verhinderungs-, Tages- und Nachtpflege. Zudem wird es zukünftig einen Anspruch auf 100 Euro monatlich zur Finanzierung zusätzlicher Betreuungs- und Entlastungsleistungen geben. Pflegenden Angehörige, bei denen plötzlich eine akute Pflegesituation auftritt, können eine zehntägige Lohnersatzleistung in Anspruch nehmen. Der Zuschuss für häusliche Umbaumaßnahmen – beispielsweise für ein barrierefreies Bad – wird von 2.557 Euro auf bis zu 4.000 Euro pro Maßnahme erhöht.

Ganz wichtig ist aber vor allem, dass die Inanspruchnahme der Leistungen erheblich flexibilisiert wird. So können Kurzzeit- und Verhinderungspflege in Zukunft besser miteinander kombiniert werden – ganz nach den eigenen Bedürfnissen. Denn die Bürger können selbst am besten entscheiden, ob es für den Pflegebedürftigen besser ist, wenn er – etwa wenn pflegende Angehörige mal in den Urlaub fahren – für einen kurzen Zeitraum in einer stationären Einrichtung untergebracht wird oder die Pflege lieber zu Hause durch eine andere Person oder einen ambulanten Pflegedienst sichergestellt wird.

Allein dieses Beispiel zeigt zugleich, dass wir natürlich auch die professionelle Pflege stärken müssen. Die größte Herausforderung in diesem Zusammenhang wird sein, den Pflegeberuf deutlich attraktiver zu machen, um genügend junge Menschen als Nachwuchskräfte zu gewinnen. Hier ist in den vergangenen Jahren zu we-

nig geschehen. Meines Erachtens müssen wir dabei vor allem an vier Baustellen arbeiten.

Erstens: Wir müssen die Bürokratie in der Pflegedokumentation auf das wirklich nötige Maß zurückführen. Wer sich für den Pflegeberuf entscheidet, will einen Dienst am Menschen tun und sich nicht stundenlang mit Paragraphen, Vorschriften und Dokumentationspflichten herumschlagen. Wenn jedes Glas Wasser, das ein Pflegebedürftiger trinkt, schriftlich festgehalten werden muss, sind wir weit über das Ziel hinausgeschossen. Praktiker haben mir bei meinen zahlreichen Besuchen in Pflegeheimen vor Ort nicht selten von Dokumentationen erzählt, die für eine einzige Person 80 Seiten und mehr umfassen. Das trägt weder zur Versorgungs- noch zur Rechtssicherheit bei. Bei so viel Material hat irgendwann keiner mehr den Blick für das Wesentliche, für das, was wirklich wichtig ist.

Daher setze ich mich für die flächendeckende Umsetzung der Reduzierung der unnötigen Dokumentation ein und werde es fördern. Grundsätzlicher Gedanke dieses neuen Modells ist es, in den Pflegeeinrichtungen nur noch die Vorkommnisse zu dokumentieren, die vom Normalen abweichen. Künftig müsste demnach nicht mehr aufgeschrieben werden, dass jemand kein Fieber hat, sondern nur noch wenn jemand Fieber hat. Experten gehen davon aus, dass mit dem Modell bis zu einem Drittel der Zeit für die Dokumentation gespart werden kann. Diese Zeit muss den Pflegebedürftigen, aber auch dem Pflegepersonal, dessen Motivation unter der ausgeferten Bürokratie erheblich leidet, selbst zugute kommen.

Zweitens: Die Ausbildung in den Pflegeberufen muss im Sinne der Generalistiker reformiert werden. Die kategorische Trennung der Ausbildung in Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege ist längst überholt. Denn selbstverständlich braucht ein Krankenpfleger in einer immer älter werdenden Gesellschaft Kenntnisse der Altenpflege wie umgekehrt. Ein Demenzerkrankter benötigt bei einer Operation mit Vollnarkose eine ganz andere Betreuung als jemand, der keine demenzielle Erkrankung hat. Ein einheitliches Berufsbild Pfleger mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung entspräche den Bedürfnissen

unserer Zeit. Sie entspräche aber auch den Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber: Arbeitnehmer hätten flexiblere Berufsaussichten. Arbeitgeber könnten besser auf die Bedürfnisse der Gesellschaft reagieren.

Drittens: Die Ausbildung zum Altenpfleger muss für jeden Auszubildenden kostenfrei sein. Das in einigen Bundesländern noch zu zahlende Schulgeld gehört endlich bundesweit abgeschafft. Das geht nur im Konsens mit allen Bundesländern. Daher ist es gut, dass sich Bund und Länder im Grundsatz bereits über die Abschaffung geeinigt haben und nun über die Details verhandeln. Ein guter Ansatz zur künftigen Finanzierung findet sich dabei in Nordrhein-Westfalen wieder: Dort zahlen alle Unternehmen eine Ausbildungsumlage in einen Topf ein, woraus diejenigen Geld erhalten, die auch tatsächlich ausbilden. Gerade für Arbeitgeber ist das ein nicht zu unterschätzender Ansatz, in die Zukunft der Altenpflege zu investieren.

Viertens: Wir werden nur dann genügend junge Menschen finden, die sich für den Beruf des Altenpflegers entscheiden, wenn auch angemessene Löhne gezahlt werden – und zwar deutschlandweit. Es passt einfach nicht zusammen, dass man sich über einen Fachkräftemangel beschwert, wenn man gleichzeitig noch nicht einmal nach Tarif bezahlt. Ich werde daher eine Studie in Auftrag geben, die die Bezahlung in Deutschland einmal unter die Lupe nimmt. Denn offenbar gibt es hier zwischen den einzelnen Regionen deutliche Unterschiede. Ich kann es nicht oft genug betonen: Eine gute Pflegekraft muss mindestens so viel verdienen wie ein guter Handwerker.

Wir sehen: Die Sicherung einer guten Pflege hängt von einer Vielzahl von Faktoren und Akteuren ab. Und: Sie hängt vom Miteinander der Generationen ab. Nur wenn es uns gelingt, dass Jung und Alt an einem Strang ziehen, werden wir dabei die einen nicht überfordern und die anderen nicht im Stich lassen. Die Senioren-Union hat in der Vergangenheit den politischen Debatten in Deutschland immer wieder wichtige Impulse gegeben – gerade auch weil die Generationengerechtigkeit eines ihrer zentralen Ziele ist. Ich bin mir sicher, dass das auch bei den Debatten über die Zukunft der Pflege weiterhin der Fall sein wird. ■



Der Autor:  
**Karl-Josef Laumann**  
ist Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium sowie Patientenbeauftragter und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung

# Mangelhafte Pflege oder Gewalt: **Riesiger** Beratungsbedarf

Psychische und körperliche Gewalt oder einfach nur mangelhafte Pflege kommt sowohl im häuslichen Umfeld als auch in stationären Pflegeeinrichtungen vor. Oft ist dies noch ein Tabuthema, der Beratungsbedarf bei Betroffenen entsprechend riesig. Hermine Hecker, Landesvorsitzende der Senioren-Union Hamburg und Mitglied im Landesseniorenbeirat der Hansestadt, wird ab und an von hilfesuchenden Angehörigen angesprochen, wenn es schlechte Versorgung oder gar Missstände in Pflegeheimen gibt. „Sie trauen sich oft nicht, sich an die Heimleitung zu wenden, aus Angst, ihre Angehörigen müssten dies `ausbaden`, indem sie dann schlechter behandelt werden. Wenn wir selbst nicht weiterhelfen können, verweisen wir auf die Beschwerdetelefone, die auf Wunsch anonym handeln können“, so Hecker.

Souverän listet diese hilfreichen Einrichtungen nachfolgend auf. Potenzielle Ansprechpartner finden sich auch beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen oder bei den Heimaufsichten der Kommunen.

## **Pflege-Notteléfono und -Beschwerdestellen**

### **Baden-Württemberg**

#### **Krisentelefon**

„GEWALTig überfordert“  
Landratsamt Böblingen  
Telefon: (07031) 663-3000  
info@krisentelefon-bb.de  
www.krisentelefon-bb.de

**Beschwerdestelle- u. Beratungsstelle für Probleme der Altenpflege in Stuttgart**  
Telefon: (0711) 61 59 92 3  
Fax: (0711) 61 59 92 3  
stadtseniorenrat-stuttgart@t-online.de  
www.stadtseniorenrat-stuttgart.de

### **Bayern**

„Altern in Würde“ – Trägerunabhängige Beratungs- u. Beschwerdestelle für Pflegebedürftige und Angehörige in Weilheim  
Telefon: (0881) 9276091  
Fax: (0881) 9232120  
info@alzheimerpaffenwinkel.de  
www.alzheimer-paffenwinkel.de

**Beschwerde- und Schlichtungsstelle Nürnberg**  
Telefon: (0911) 231-65 55  
Fax: (0911) 231-67 12  
thomas.tromboukis@stadt.nuernberg.de

www.nuernberg.de/internet/stadtseniorenrat/beschwerdestelle.html  
**Städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege der Landeshauptstadt München**  
Telefon: (089) 233 96 9 66  
Fax: (089) 233 21973  
staedtiche\_beschwerdestelle.altenpflege@muenchen.de  
www.muenchen.de/beschwerdestelle-altenpflege

### **Berlin**

**Pflege in Not - Beratungs- und Beschwerdestelle bei Konflikt und Gewalt in der Pflege älterer Menschen**  
Telefon: (030) 69 59 89 89  
Fax: (030) 69 59 88 96  
pflege-in-not@dw-stadtmitte.de  
www.pflege-in-not-berlin.de

**Berliner Seniorentelefon, Berlin-Brandenburg**  
Telefon 030/27 96 444  
www.berliner-seniorentelefon.de

### **Brandenburg**

**Pflege in Not Brandenburg**  
Telefon: (0180) 265 55 66  
Telefon: (0331) 200 88 59  
Mail: pin@dwpotdam.de  
www.pflegeinnot.de

### **Bremen**

**Help-Line - Telefon für pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz**  
Telefon: (0421) 79 484 98  
Mail: helpline@sozialag.de  
www.helpline-bremen.de

### **Hamburg**

**Beschwerdetelefon Pflege - Beratung und Unterstützung für Pflegebedürftige und Angehörige in Hamburg**  
Telefon: (040) 28 05 38 22  
Fax: (040) 28 05 38 44  
beschwerdetelefon-pflege@hamburg-mitte.hamburg.de  
www.beschwerdetelefon-pflege.de

### **Hessen**

**Beschwerdestelle Altenpflege Marburg**  
Telefon: (06421) 201-119  
Fax: (06421) 201-576  
Mail: beschwerdestelle@marburg-stadt.de

**HsM - Frankfurter Initiative gegen Gewalt im Alter - e.V.**  
Telefon 069/24 24 06 66  
www.hsm-frankfurt.de

### **Niedersachsen**

**Pflege-Notruftelefon Niedersachsen**  
Telefon: (0180) 2000 872  
Telefon: (0511) 70 148 - 0  
Fax: (0511) 70 148 - 70  
Meike.Jansen@sovd-nds.de  
www.sovd-nds.de/pflegenotruf.0.html

### **Nordrhein-Westfalen**

**Handeln statt Misshandeln (HsM), Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter e.V.**  
Telefon: (0228) 69 68 68  
Fax: (0228) 63 63 31  
info@hsm-bonn.de  
www.hsm-bonn.de

**Handeln statt Misshandeln (HsM), Siegener Initiative gegen Gewalt im Alter e.V.**

Am Lohgraben 1  
57074 Siegen  
Telefon: (0271) 6 60 97 87  
Fax: (0271) 25 04 97 77  
Mail: hsm-siegen@arcor.de  
www.hsm-siegen.de

### **Beschwerdestelle Pflege für pflegebedürftige Menschen und Angehörige**

Kreis Soest (Abt. 50.04)  
Telefon: (02902) 5256-49  
Fax: (02902) 5256-51  
E-Mail: ruth.kellermann-albers@kreis-soest.de  
www.kreis-soest.de/pflegeatlas/heimaufsicht/sp\_auto\_642.php

### **Rheinland-Pfalz**

**Informations- und Beschwerdetelefon Pflege und Wohnen in Einrichtungen in Rheinland-Pfalz**  
Telefon: (06131) 28 48 41  
Fax: (06131) 28 48 70  
Mail: pflege@vz-rip.de  
www.verbraucherzentrale-rlp.de/UNI131056174100878/ftp/link484501A.html

### **Sachsen-Anhalt**

**Beratungsstelle für Probleme in der Altenpflege**  
39104 Magdeburg  
Telefon: (0391) 540 24 30  
Fax: (0391) 540 27 86  
http://magdeburg.de/Bürger/Soziales\_Gesundheit/Pflegewegweiser/

### **Schleswig-Holstein**

**PflegeNotTelefon Schleswig-Holstein**  
Telefon: (018 02) 49 48 47  
Fax: (0431) 5114-108  
post@pflege-not-telefon.de  
www.pflege-nottelefon.de

Wichtige Infos zum Thema auch unter:  
**www.zqp.de**  
(Zentrum für Qualität in der Pflege)

## Reisetermine:

**19.11. bis 26.11.2014**  
**04.02. bis 11.02.2015**

Verlängerungswoche möglich

## Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland\* / Malta / Deutschland mit der Air Malta in der Economy-Class
  - Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von z.Zt. EUR 46,- bis EUR 56,- je nach Abflughafen (Stand 09/14)
  - Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
  - 7 Übernachtungen im San Antonio Hotel & Spa (4 Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
  - Halbpension
  - Besichtigungen lt. Programm (2 Ganz- und 2 Halbtagesausflüge)
  - Eintrittsgelder zum Programm
  - Besuch des Konzertes in der St. John's Co-Cathedral inkl. Transfers
  - Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
  - Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- \* Flüge  
Flüge möglich ab/bis: Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München

## Reisepreise:

EUR **865,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer\*  
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 126,-  
Aufpreis für Zimmer mit garantier-  
tem Meerblick:  
EUR 35,- pro Person / Woche  
Verlängerungswoche inklusive  
Halbpension im Doppelzimmer\*:  
EUR 236,- pro Person

\* bei Zweierbelegung

- Grundpreis mit Flügen ab/bis:  
**München**
- Zuschlag für Flüge ab/bis:  
**Berlin-Tegel, Düsseldorf,  
Frankfurt, Hamburg**  
EUR 30,- pro Person

Wir empfehlen den Abschluss einer  
Reiserücktrittskosten-Versicherung  
mit Selbstbehalt zum Preis von EUR  
35,- p.P. für die erste Woche bzw.  
EUR 45,- inklusive Verlängerungs-  
woche.

(Die Versicherung kann nach Abschluss  
nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-  
versichert bei:



# MALTA



Wenn bei uns Winter ist, erwartet Sie die kleine Mittelmeerinsel mit mildem Klima und viel Sehenswertem. Besonders beeindruckend sind die imposanten Bauwerke aus der Ära der Kreuzritter. Mächtige Wehranlagen, prächtige Paläste und zahlreiche Gotteshäuser sind die steinernen Zeugen aus jener Blütezeit.

Auch die Hauptkirche Maltas, die St. John's Co-Cathedral, zählt dazu. Sie verwandelt sich an einem Abend Ihrer Reise für Sie zum exklusiven Konzertsaal. Chor und Orchester mit maltesischen Künstlern bieten Ihnen ausgewählte Werke herausragender Komponisten dar. Es erklingen Auszüge aus dem Sakralwerk „Stabat Mater“ von Gioachino Rossini sowie dem „Requiem“ von Giuseppe Verdi, u. a. das prächtige „Dies Irae“.

Den Rahmen für entspannte Stunden bietet ein schönes Hotel direkt am Meer. Wer die Annehmlichkeiten des 4-Sterne-Hauses und das milde Klima länger genießen möchte, bucht einfach die Verlängerungswoche.



**Beachten Sie bitte:** Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 6 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 180 Personen je Termin • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.

Neuaufgabe  
wegen des  
großen Erfolges!

... mit exklusivem Konzert  
in imposanter Kulisse.

## Besichtigungen:

Erlebnisreiches  
Ausflugsprogramm  
im Preis enthalten

## Kultur:

Exklusives Konzert in  
einmaliger Kulisse

## Erholen:

Mildes Klima und  
schönes 4-Sterne-Hotel



## San Antonio Hotel & Spa\*\*\*\*

**Lage:** Das in der Wintersaison 2013/14 vollständig renovierte, modernisierte und erweiterte 4-Sterne-Hotel liegt an der Saint Paul's Bay und ist nur durch die Uferstraße vom Felsstrand des Meeres getrennt. In unmittelbarer Umgebung gibt es Unterhaltungsmöglichkeiten, Geschäfte, Restaurants und Bars sowie eine Busstation.

**Ausstattung:** Großzügig gestaltete Eingangshalle mit Rezeption und Sitzcken, Lift, Hauptrestaurant und Bistro/Café, Bar, Süßwasser-Außen-Swimmingpool mit Sonnenterrasse, separates Kinderbecken, Spielplatz, Innen-Pool mit Jacuzzi, Fitness-Center mit Sauna (tlw. gegen Gebühr).

**Zimmer:** Auf 8 Etagen befinden sich 412 Zimmer und Suiten, die alle geräumig und komfortabel eingerichtet sind. Sie sind mit Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Radio, Direktwahl-Telefon, Satelliten-TV, Haarföhn, Kühlschrank und Balkon oder Terrasse ausgestattet. Zimmer mit garantiertem Meerblick sind gegen Aufpreis buchbar.

**Essen:** Frühstück und Abendessen in Buffetform.



Ausflüge und  
exklusives Konzert  
im Preis enthalten!

## Der Reiseverlauf:

**1. Tag:** Flug vom gewählten Flughafen nach Malta, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie zum Check-In im San Antonio Hotel & Spa.

**2. bis 7. Tag:** Im Reisepreis sind 2 ganzz- und 2 halbtägige Ausflüge enthalten. Die restliche Zeit steht Ihnen zur Erholung oder für eigene Unternehmungen zur freien Verfügung. Das exklusive Konzert mit Werken von Gioachino Rossini und Giuseppe Verdi findet während Ihres Aufenthaltes an einem Abend in der prachtvollen St. John's Co-Cathedral in Valletta statt.

**8. Tag:** Bustransfer zum Flughafen und Rückflug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise – es sei denn, Sie haben die Verlängerungswoche gebucht.

## Ausflüge und Besichtigungen:

**1/2 Tag:** Halbtagesausflug in die Hauptstadt Valletta. Bei einem Rundgang zu Fuß durch die historische Stadt erleben Sie Geschichte auf Schritt und Tritt. Von den Upper Baracca Gardens haben Sie zunächst einen herrlichen Blick auf den Grand Harbour und die Befestigungsanlagen. Ihr Weg führt Sie weiter

zur Kathedrale des Hl. Johannes und über die Republic Street zum Großmeisterpalast mit dem alten Parlamentssaal und den darin befindlichen herrlichen Gobelins. Im Palast residieren heute der Staatspräsident und das maltesische Parlament.

**1/1 Tag:** Bei Ihrem heutigen Ganztagesausflug erhalten Sie zunächst einen Einblick in die frühe Kulturgeschichte Maltas. In der „Höhle der Finsternis“, **Ghar Dalam**, wurden zahlreiche fossile Überreste verschiedener Tierarten gefunden, die bis vor etwa 10.000 Jahren noch auf Malta lebten. Anschließend besuchen Sie mit **Hagar Qim** eine Anlage aus der bedeutenden Epoche der Tempelbauer, 2800 bis 2100 v.Chr. Weiter geht es zum idyllischen Fischerdorf **Marsaxlokk**. Der Heimathafen der maltesischen Fischer erhält durch die bunt bemalten Boote im Hafen ein malerisches Aussehen.

Am Nachmittag besuchen Sie die unbekannteren „3 Städte“ **Vittoriosa, Senglea und Cospicua**. Sie gelten als die Wiege der maltesischen Geschichte, denn hier waren die ersten Befestigungsanlagen auf Malta zu finden. Vittoriosa, die „Siegreiche“, mit dem Fort St. Angelo diente den Rittern bei der Verteidigung

gegen die Türken als wichtiger Stützpunkt.

**1/1 Tag:** Ganztagesausflug, der Sie zunächst in die ehemalige Hauptstadt, **Mdina**, führt. Die 4.000 Jahre alte „Stille Stadt“ wurde einst auf dem höchsten Punkt der Insel errichtet. Der nächste Stopp ist an den **Dingli-Klippen** vorgesehen. Hier stürzen die kalkweißen Felsen fast 200 Meter senkrecht ins Meer. Bei einem Besuch im Kunsthandwerkerdorf **Ta' Qali** haben Sie danach Gelegenheit, maltesischen Künstlern beim Arbeiten über die Schulter zu sehen. Im benachbarten Attard laden wir Sie ein zu einem Rundgang durch die **St. Anton's Gardens**. In diesem botanischen Garten befindet sich auch der Palast des maltesischen Staatspräsidenten. Letzter Besichtigungspunkt des heutigen Tages ist **Mosta**. Hauptattraktion dieses Ortes ist die Kirche, deren Kuppel mit 54 Metern Durchmesser die viertgrößte Europas ist.

**1/2 Tag:** Halbtägige **Hafenrundfahrt** durch den Grand Harbour, bei der Sie u.a. die beeindruckenden Befestigungsanlagen der Forts St. Elmo und St. Angelo sowie die bedeutende Schiffsverwerft des größten Naturhafens Europas bestaunen können.

## Folgender Ausflug kann nur auf Malta gegen Aufpreis zusätzlich gebucht werden:

**1/1 Tag:** Ganztagesausflug zur Schwesterinsel Maltas, **Gozo**. Die Inselrundfahrt führt Sie zunächst zu den Megalith-Tempeln von Ggantija. Sie gelten als die älteste und größte Anlage auf den maltesischen Inseln. Anschließend besuchen Sie das imposante „Azur Window“. Der mächtige Felssims ruht auf einem riesigen, ca. 40 Meter hohen Felspfeiler und ragt majestätisch ins Meer hinein. So rahmt er das azurblaue Meer malerisch ein. Danach besuchen Sie die Inselhauptstadt Victoria mit der mächtigen Zitadelle. Bevor Sie zurück nach Malta fahren, machen Sie noch einen Abstecher zur kleinen Bucht von Xlendi, wo die Fischer Gozos ihre bunt bemalten Boote vor Anker legen.

## Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten  
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0  
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33  
E-Mail: info@terramundi.de  
Web: www.terramundi.de



## REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

**TERRAMUNDI GmbH**  
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten  
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33  
E-Mail: info@terramundi.de  
Web: www.terramundi.de



**JA**, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **MALTA** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

**Reiseziel:** MALTA  
**Termin:**  19.11. - 26.11.2014  
 04.02. - 11.02.2015  
**Preise:** EUR 865,- p.P. im DZ\*  
Einzelzimmer-Zuschlag EUR 126,- pro Woche  
Zimmer mit garantiertem Meerblick EUR 35,- p. P. / Woche  
Verlängerungswoche inkl. HP im DZ\* EUR 236,- p. P.

### Gewünschte Flüge\*\* ab/bis:

\*\*nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer  
**EZ** = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1  DZ  EZ  MB  VL  RV  
Teiln. 2  DZ  EZ  MB  VL  RV

(\* bei Zweierbelegung)



Interview:

# Leben die Alten **auf Kosten** der Jungen?

Mit der kürzlichen Verabschiedung des Rentenpakets entflammte erneut die Diskussion, ob die Alten nicht zu sehr auf Kosten der Jüngeren leben. Souverän sprach hierzu mit Dr. Kirsten Witte, Direktorin des Programms „LebensWerte Kommune“ der Bertelsmann Stiftung.

## **Frau Dr. Witte, leben die Alten auf Kosten der Jungen?**

Diese Frage lässt sich nicht pauschal mit Ja oder Nein beantworten. Denn beim Thema Generationengerechtigkeit geht es ja nicht nur um die zunehmende Belastung für jüngere Beitragszahler durch die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung oder die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Die Leistungen der älteren Generation, gerade nach dem Zweiten Weltkrieg, haben auf der anderen Seite dafür gesorgt, dass die nachfolgenden Generationen insgesamt mit kontinuierlich wachsendem Wohlstand leben können.

Über Jahrzehnte wurde diese Entwicklung allerdings von einer enormen Verschuldung der öffentlichen Haushalte und zunehmenden Umweltproblemen begleitet. Hier haben wir sehr wohl die Verpflichtung dafür zu sorgen, dass die Chancen der jetzt lebenden Menschen nicht zu Lasten künftiger Generationen gehen. Fakt ist aber auch, dass wir noch nie eine Rentnergeneration hatten, der es im Durchschnitt finanziell so gut geht wie den heutigen Rentnern und wir werden diese wohl auch nie wieder haben. Altersarmut ist schon jetzt ein deutlich zunehmendes Problem.

Wenn die Babyboomer, die in den 1950er und 1960er Jahre geboren wurden und selbst weniger Kinder als frühere Generationen haben, von der Erwerbsphase in die Rentenphase übergehen, lasten die Sozialversicherungskosten einer wachsenden Rentnergeneration auf immer weniger Schultern. Insofern könnte man auch fragen, ob meine Generation nicht auf Kosten der Jüngeren lebt.

Die Frage, wer auf wessen Kosten lebt, löst jedoch nicht das Problem, damit wird nur

der angeblich drohende Generationenkrieg befeuert. Ebenso könnte man die Bevorzugung der Kinderlosen durch das bestehende Rentensystem diskutieren oder die Tatsache, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Generationen ständig wachsen. Eigentlich sollten wir fragen: Was können wir tun, damit der viel zitierte Generationenkrieg nicht entsteht?

## **Und was können wir tun?**

Nach den bisherigen Daten ist das Verhältnis zwischen den Generationen bei uns außerordentlich gut. Es ist durchaus nicht so, dass jede Generation nur an sich denkt. Wichtig ist hier, dass dies auch so bleibt. Die Kommunen haben eine entscheidende Bedeutung, denn hier können wir die Verhältnisse zwischen Alt und Jung gestalten. Das Potenzial der gegenseitigen Unterstützung ist enorm wichtig und sicher noch nicht ausgeschöpft.

## **Wie soll das konkret aussehen?**

Kommunale Akteure können Prozesse initiieren und "Dialogräume" zur Verfügung stellen. Solche Initiativen können von der Verwaltung, von der Kommunalpolitik, aber auch aus der Zivilgesellschaft oder von Schulen, Kitas, sozialen Einrichtungen, Kulturzentren oder Kirchen gestartet werden. Sie alle können dazu beitragen, den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt zu stärken, deren Verständnis füreinander anregen und so eine solidarischere Gesellschaft zu gestalten. Durch diesen Generationendialog erfährt man täglich, welche Themen Kinder, Jugendliche oder Senioren bewegen, was sie glücklich macht oder wovor sie Angst haben. Wichtig ist aber, dass sich die kommunalen Akteure vernet-

zen, ihre individuellen Herausforderungen auf Quartiersebene möglichst kleinräumig diskutieren und Lösungen entwickeln.

## **Welche Beispiele gibt es denn zur Verbesserung des Miteinanders der Generationen?**

Da gibt es sehr viele kreative Möglichkeiten, wie zum Beispiel gemeinsame Projekte zu Themen wie Kunst, Kultur, Umweltschutz oder Sport, aber auch kommunale Zeitzeugenprojekte oder gemeinsames Kochen. Schon gut bekannt und entsprechend verbreitet sind Lese- oder Nachhilfefpaten in Kitas oder Schulen oder auch Patenprojekte zur Integration junger Migranten. Oder Ältere unterstützen Jüngere bei Konfliktlösungen, bei der Berufswahl, beim Übergang von der Schule in den Beruf. Es gibt auch Tauschbörsen, wo zum Beispiel ältere Menschen von jungen Computer-, Handy- oder Internethilfe bekommen und die Älteren dafür Nachhilfe in Schulfächern bieten. Oder Taschengeldbörsen, in denen Jugendliche gegen ein geringes Entgelt kleine Hilfen erledigen, Großelterndienste kümmern sich stundenweise um Kinder, generationenübergreifende Projekte oder gemeinschaftliche Wohnformen. Wichtig ist diese gegenseitige Unterstützung, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern.

## **Das hört sich ja alles sehr positiv an! Wo sehen Sie denn die Probleme?**

Ein wachsendes Problem liegt sicher im begrenzten Zeitbudget Jüngerer. Jüngere sollen schneller ihre Schullaufbahn beenden, sich gut ausbilden, beruflich möglichst weltweit verfügbar sein, sich um ihre Familie kümmern, sich gesund halten

und für ihre Rente vorsorgen. Da ist es sicher nicht leicht, sich auch noch um ehrenamtliche Tätigkeiten zu kümmern und das Engagement Jüngerer ist ja leider auch rückläufig.

**Welche Unterstützung kann die Bertelsmann Stiftung leisten?**

Wir liefern hier zum Beispiel unter der Website [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de) demographische Daten, aus denen kommunale Akteure ablesen können, wie ihre Situation aktuell aussieht und sich bis 2030 ändern wird. Wenn man zum Beispiel weiß, dass bis dahin deutlich weniger Menschen in einer Kommune leben, sich auch noch die Anzahl Hochaltriger verdoppelt und diese dann alleinstehend in großen Einfamilienhäusern leben, dann sollte man sich fragen, wie man hochaltrige Alleinlebende unterstützen kann. Welche sozialen Netzwerke fehlen schon jetzt oder in Zukunft? Oder wenn Sie wissen, dass sich in einem Landkreis die Anzahl der Pflegebedürftigen bis 2030 nahezu verdoppelt und gleichzeitig die Anzahl der potenziellen Fachkräfte deutlich zurückgeht, dann wissen Sie, dass Sie als zukunftsorientierter Entscheider aktiv werden müssen. Dieses Wissen soll kommunale Akteure informieren und sensibilisieren.

Außerdem bieten wir Workshops für Kommunen an, in denen Akteure ihre aktuellen aber auch künftigen Herausforderungen diskutieren und anschließend Ziele und Maßnahmen formulieren. Hier können Kommunen zum Beispiel Ziele und Maßnahmen für ein besseres Miteinander der Generationen entwickeln. Aus unseren Evaluationen wissen wir, dass diese Prozesse mit einer hohen nachhaltigen Wirkung einhergehen und so die Lebensqualität aller Generationen sichern. Informationen hierzu finden Sie auch auf unserer Website [www.workshops-fuer-kommunen.de](http://www.workshops-fuer-kommunen.de).

**Gibt es denn ein Konzept, das Kommunen nutzen können?**

Jede Kommune hat ihre individuellen Herausforderungen, aber auch individuelle Chancen und Stärken. Diese Chancen und Stärken sollten zukunftsorientierte Akteure in gemeinsamen Gesprächen definieren und Lösungen erarbeiten, um die Lebensqualität ihrer Kommune zu erhalten.

**Wir danken Ihnen für das Gespräch!**

**Sozialsysteme sind gefährdet**



**Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen**

Relative Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen zwischen 2009 und 2030 in Prozent

Bremen	28,2
Hamburg	32,3
Saarland	34,0
Sachsen-Anhalt	40,3
Nordrhein-Westfalen	41,1
Rheinland-Pfalz	41,1
Hessen	43,1
Niedersachsen	45,3
Thüringen	46,2
Sachsen	48,5
Baden-Württemberg	53,6
Schleswig-Holstein	53,8
Bayern	53,8
Berlin	55,8
Mecklenburg-Vorpommern	55,9
Brandenburg	72,2
Deutschland	47,4



**Durchschnittlich noch guter Finanzstatus Älterer – ABER....**



Wahlen:

# Nichts geht mehr ohne die Senioren

Der demografische Wandel hat die Wahlurne erreicht: Wahlentscheidend in den kommenden Jahren ist die Generation 60 plus!

Wird der Einfluss der älteren Generation auf den Ausgang von politischen Wahlen künftig wirklich immer größer? Ja, diese Entwicklung ist nicht mehr zu stoppen. Letzte mögliche Zweifel daran wurden Anfang dieses Jahres von Bundeswahlleiter Roderich Egeler beseitigt. Anhand von Zahlen und Fakten im Rahmen der Vorstellung der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl am 22. September 2013 untermauerte Egeler, dass bei künftigen Wahlen die Generation 60 plus wahlentscheidend ist.

Wahlberechtigte ab 60 Jahren hätten bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr bereits gut ein Drittel aller potentiellen Wählerinnen und Wähler gestellt. Die Wahlbeteiligung dieser Alters-

tel aller Wahlberechtigten ausmache. Egeler wies zudem darauf hin, dass mit steigendem Alter die Wahlbeteiligung bis zu den 60- bis 69-Jährigen kontinuierlich zugenommen habe; diese Altersgruppe habe sich mit 79,8 Prozent am aktivsten an der Bundestagswahl 2013 beteiligt. Bei den über 70-Jährigen, die sich früher unterdurchschnittlich beteiligt hätten, sei erstmals bei der Bundestagswahl 2009 eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung registriert worden. Dieser Trend habe sich auch 2013 fortgesetzt. Laut Egeler hat sich die Altersverteilung der potentiellen Wähler gegenüber den bis 1990 durchgeführten Wahlen deutlich

könnten ab 2040 ca. 45 Prozent der Wahlberechtigten mindestens 60 Jahre alt sein, davon 30 Prozent über 70 Jahre.

Dass Angela Merkel über 2013 hinaus Bundeskanzlerin geblieben ist und die Union weiter Regierungsverantwortung trägt, hat sie letztendlich vor allem den älteren Wählerinnen und Wählern zu verdanken. 49 Prozent der über 60-Jährigen haben ihr Kreuz im vergangenen September im Rahmen der Bundestagswahl bei der CDU gemacht, bei den Frauen ab 60 Jahren hat sie sogar 53 Prozent der Stimmen geholt. Die Süddeutsche Zeitung nahm dies zum Anlass und titelte auf ihrer Internetseite u.a. dazu: „CDU attraktiv für Wähler jenseits der 60.“ Bei den Wählerinnen und Wählern ab 70 Jahren erreichte die CDU

43,6 Prozent. Daran wird deutlich: Wahlentscheidend waren 2013 die Älteren! Schaffen CDU und CSU es, die Zielgruppe der

über 60-Jährigen mit deutlicher Mehrheit hinter sich zu bringen, gewinnen sie auch die Wahl!

Grundsätzlich verhält es sich so, dass der Zuspruch der Älteren für die CDU und CSU seit Jahrzehnten recht konstant geblieben ist, von einigen Dellen einmal abgesehen. Aber: Auch wenn sich die Union seit Anfang der 70er Jahre bei Wahlentscheidungen auf die Älteren verlassen kann, muss dies nicht für alle Zeiten gelten. Wer Wahlen künftig gewinnen will, braucht das Vertrauen und den Zuspruch der älteren Wählergeneration. Ohne die Älteren wird auf absehbare Zeit kein Staat zu machen sein. Für eine Vereinigung wie die Senioren-Union, die sich insbesondere für Menschen ab 60 Jahre einsetzt und sich für deren Interessen stark macht, ist das eine große Chance, sich als „Brücke“ der CDU zur älteren Generation künftig weiter zu profilieren. ■

Fabian Schalt



gruppe sei zudem überdurchschnittlich hoch ausgefallen, auch bei den über 70-Jährigen, so Egeler. Nach der Wahlstatistik waren insgesamt 61,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger bei der Bundestagswahl 2013 wahlberechtigt, davon knapp die Hälfte im Alter von 30 bis 59 Jahren. Die Generation ab 60 Jahren stellte mit 21,3 Millionen mehr als doppelt so viele wie die jüngere Generation unter 30 Jahren, die mit 9,8 Millionen knapp ein Sech-

sei nur etwa ein Viertel der Wahlberechtigten 60 Jahre und älter gewesen, besonders angestiegen sei der Anteil der über 70-jährigen Wahlberechtigten. Diese Entwicklung werde sich voraussichtlich angesichts des demografischen Wandels und der zunehmend älter werdenden Bevölkerung fortsetzen. Auf Grundlage aktueller Bevölkerungsvorausrechnungen des Demografieportals des Bundes und der Länder

z u -  
gunsten  
älterer  
Wahlbe-  
rechtigter  
verschoben.  
Bei diesen  
früheren

Bundestagswahlen

# Generationenkonflikt ... oder **Zusammenhalt** von Jung und Alt?

Viele verbinden mit der Alterung unserer Gesellschaft vordergründig Probleme und Risiken, die Chancen und Möglichkeiten aber, die sich bieten, fallen fast immer unter den Tisch. Nicht das Älterwerden an sich ist das Problem, sondern das es kein Gesamtkonzept der Politik gibt, wie die Herausforderungen und Auswirkungen des demografischen Wandels angepackt werden sollen.

Wir müssen Alter neu denken. Wir Älteren müssen künftig stärker als bislang deutlich machen, dass nicht die Älteren und die Alten das eigentliche „Problem“ des demografischen Wandels sind, sondern ein wichtiger Bestandteil, um unsere Gesellschaft für die Zukunft demografiefest zu machen. Ein wirkliches Problem dagegen ist, dass insbesondere in den Medien immer wieder versucht wird, einen Generationenkonflikt zu konstruieren: Jung gegen Alt.

Ich halte es für eine gefährliche und bedenkliche Entwicklung, einen Generationenkonflikt herbeizureden bzw. herbeizuschreiben. Die Tendenz ist deshalb besorgniserregend, weil auch seriöse Medien und Zeitungen mittlerweile dazu neigen, die Alterung unserer Gesellschaft und die damit verbundenen Auswirkungen recht einseitig negativ und uns Ältere in diesem Zusammenhang als „Sündenböcke“ darzustellen. Es gibt Textüberschriften bzw. Titel von Artikeln, die uns alle empören sollten, z.B.: „Die Alten verspielen die Zukunft der Jungen“, „Die Alten leben auf Kosten der Jungen“, „Deutschland wird zur Rentnerdemokratie“, „Die Alten übernehmen die Macht“, „Die Älteren werden immer mehr. Das könnte in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern.“

Leider werden auch konkrete altersdiskriminierende Äußerungen medial ins Spiel gebracht: „Die Kreuzfahrtbranche erlebt ein Rekordjahr nach dem anderen und Dank der neuen Rentengesetze der großen Koalition sind nun noch mehr Alte zur Party auf dem Sonnendeck eingeladen“, „Kultur ist eine Zugabe zur Rente geworden“ oder „Kultur wird zur Altenbespaßung“.

Es wird aber noch schlimmer. In einem Artikel, der die Überschrift: „Heil Dir, Alter“ trägt, stehen u.a. folgende Textpassagen: „Die Fernsehwerbung zeigt verlässlicher als alle Studien an, was die Stunde geschlagen hat. Es ist die Stunde nicht mehr der Jungen, Straffen, Fitten, Schönen, Geilen. Es ist die Stunde der Alten, Gebrechlichen, Unstraffen, eventuell noch Halb- oder Viertelschönen. Sie sitzen nicht mehr hinterm Steuer eines Porsche oder der neuen C-Klasse. Ihr Fortbewegungsgefährt ist der Rollator. Und sie sind die Mehrheit. (...) Und wenn dann einmal lauter CO<sup>2</sup>-ausstoßfreie Rollatoren auf den Straßen unterwegs sein werden, tut das ja auch dem Klima gut. Die Erderwärmung geht zurück. Die Luft wird sauberer. Und die Umwelt wird nur noch vom Altpapier der „Apothekenumschau“ belastet. Und von der Fernsehwerbung. Aber sonst ist alles heil.“

Ich mag mir nicht vorstellen, wenn eine andere Bevölkerungsgruppe in Deutschland von und in den Medien so diskriminiert würde, wie wir älteren Menschen. Da wäre der Aufschrei groß. Eine solche einseitige Berichterstattung zulasten der Älteren dient niemandem.

Peter Bachér schreibt in einer Glosse vom 6. April des Jahres in der Welt am Sonntag „Was, Sie sind alt? Wer alt ist, hat selbst Schuld. (...) Hoffentlich werden nicht eines schönen Tages die Ärzte verantwortlich gemacht, wenn die Menschen älter als 60 Jahre werden.“ Alle diese Dinge treffen die älteren Menschen in besonderer Weise, weil sie respektlos sind. Denn in einer Zeit der Hoffnungslosigkeit nach dem Krieg haben gerade die Älteren Deutschland wieder aufgebaut. Die Älteren haben eine solide Basis für die Zukunft nachfolgender Gene-

rationen geschaffen. Und all das unter sehr harten Lebensumständen, einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 bis 56 Stunden, einem Jahresurlaub von zwei Wochen und keiner Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, sondern drei Karenztagen und dann Krankengeld.

Es ist höchste Zeit, umzudenken. Die Alterung unserer Gesellschaft muss von der Politik endlich als Megathema der Gegenwart und Zukunft verstanden und entsprechend behandelt werden. Die symbolischen gemeinsamen Auftritte unseres Bundesvorsitzenden Professor Dr. Otto Wulff und des Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder waren ein schönes Signal, müssen aber künftig dringend mit gemeinsamen politischen Aktivitäten und Impulsen von Jung und Alt gefüllt werden. Deshalb kann man auch den jungen CDU-Bundestagsabgeordneten nur zustimmen, als sie im Frühjahr ein Papier vorlegten, dass die Überschrift trägt: „Zeit für das Richtige“, Eckpunkte für eine Agenda 2020. Was wir aber vor allem brauchen, sind generationenübergreifende inhaltliche Debatten für eine zukunftsorientierte Politik. Das muss angeschoben werden.

Wir Älteren wollen gemeinsam mit der jüngeren Generation die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern und Ideen dafür entwickeln, wie wir auch generationenübergreifend mit guter Zukunftsperspektive zusammenleben können. Junge Union und Senioren-Union Hand in Hand, nicht nur symbolisch, sondern auch politisch. Das muss das Signal für die Zukunft sein. ■

Der Autor:  
**Leonhard Kuckart**  
ist stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union.



Demografischer Wandel:

# „Qualifizierter als jede Generation zuvor“

Der Generali Zukunftsfonds nimmt in wissenschaftlichen Studien die Erwartungen und die Denke der älteren Generation unter die Lupe. Der Leiter des Zukunftsfonds, Loring Sittler, im Souverän-Interview.

**Herr Sittler, Sie leiten den Generali Zukunftsfonds, der sich mit dem bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen beschäftigt. Wie kommt ein Versicherungskonzern dazu?**

Wir sind überzeugt, dass jedes Unternehmen einen aktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten muss, weil eine funktionierende Gesellschaft Voraussetzung für jedes Geschäftsmodell ist. Das Motto des Generali Zukunftsfonds: „Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung“ hat mit unseren Unternehmensleitwerten zu tun. Als eine der führenden Versicherungsgruppen wollen wir das Leben der Menschen schützen und ihre Lebensqualität verbessern – und die ist durch die gegenwärtige demografische Entwicklung und durch die damit verbundenen Folgen gefährdet. Es bot sich an, das schnell wachsende Segment der Älteren genauer in den Blick zu nehmen und das darin schlummernde Sozialkapital zum Leben zu erwecken, das weitverbreitete defizitorientierte Altersbild zu korrigieren und überhaupt die Unwissenheit über die Lebensweise und über das Ausmaß des familiären und gesellschaftlichen Engagements der Älteren auszuräumen sowie alles zu unterstützen, was die Potentiale des Alters besser sichtbar macht. Und natürlich will unser Unternehmen durch einen wirksamen und wahrnehmbaren Beitrag zum Gemeinwohl sein Ansehen in der Gesellschaft stärken – und sich auch damit von Mitbewerbern abheben.

**Der Zukunftsfonds hat bereits mit einer Altersstudie (2013) und einer Hochaltrigenstudie (2014) auf sich aufmerksam gemacht. Was genau beinhalteten diese Studien?**

Wir haben mit der Generali Altersstudie 2013 empirisch nachgewiesen, dass es ein großes Engagement und auch weiteres Engagementpotential bei den Alten gibt. Und das gilt sowohl innerhalb der Familien, in denen Großeltern Zeit für beispielsweise die Kinderbetreuung investieren – das zeitliche Investment entspricht jährlich der Arbeitszeit von 1,4 Millionen Vollzeitkräften. Und auch finanziell unterstützen sie allein mit regelmäßigen Zahlungen die nächste Generation mit jährlich rund 10 Milliarden Euro. Daneben, also außerhalb der Familie, engagieren sich 45 Prozent der Alten in einem Zeitumfang, der rund 870.000 Vollzeitstellen entspricht. Wir haben in der Generali Altersstudie 2013 mit dem Märchen aufgeräumt, dass die Alten nur auf ihre eigenen materiellen Interessen fixiert sind: Mehrheitlich wollen sie natürlich Sicherheit im Alter, aber sie wollen eben auch mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Sie sind sehr daran interessiert, die Gesellschaft mitzugestalten und aktiv an ihr teilzunehmen. Selbst die Hochaltrigen, also über 85-Jährige, bestätigen in der Generali Hochaltrigenstudie (2014), dass ihnen sehr viel daran liegt, ihre Wertvorstellungen an die nächste Generation weiterzugeben, sich mit Jüngeren auszutauschen – sie wollen nicht abgeschoben werden, sondern aktiv teilhaben am gesellschaftlichen Leben. Durch die Studienergebnisse und ihre Thematisierung in der Öffentlichkeit sollen andere Akteure angeregt werden, ebenfalls in diesem Feld aktiv zu werden und die Teilhabechancen für die ältere Generation zu eröffnen.

**Welche Handlungsfelder hat der Zukunftsfonds für sich definiert, wo wollen Sie konkret helfen?**



Die von uns strategisch ausgewählten vier Handlungsebenen sind: 1. Policy, also Zusammenarbeit mit Bundes- und Landesregierungen sowie Kommunen, mit denen wir gemeinsam Ermöglichungsstrukturen für mehr und besseres Engagement schaffen. 2. Wissenschaft, also das Herausbringen eigener Studien, um das bisher in der Öffentlichkeit vorherrschende defizit- und risikoorientierte Altersbild durch ein realistisches, auch die Potentiale und Chancen umfassendes Altersbild zu ergänzen und damit auch das Selbstwertgefühl der Alten zu steigern. 3. Engagementförderung: Wir helfen dabei, dauerhaft gute Bedingungen für Engagement zu schaffen, wir unterstützen ein besseres Wissensmanagement – warum soll immer wieder das Rad neu erfunden werden, wenn es schon gute Projekte gibt – und wir sorgen für bessere Transferleistungen: Wie können gute Projekte besser verbreitet werden. 4. Wir fördern die Anerkennungskultur (insbesondere über den Deutschen Engagementpreis, aber auch über andere Preise und Wettbewerbe), indem wir das vorhandene Engagement systematisch sichtbar und attraktiv auch für andere machen. Wir legen großen Wert darauf, dass unsere Botschaften medial, aber auch bei zahllosen Veranstaltungen mit Partnern verbreitet werden und verständlich sind.

Wir agieren dabei wie ein sozialer Investor. Von Anfang an haben wir aus Überzeugung Wert darauf gelegt, nicht alleine, sondern fast immer in Zusammenarbeit mit Bundes- und Landesregierungen, anderen Unternehmen und Stiftungen sowie mit zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren gemeinsam zu handeln und wirksame Ergebnisse zu erzielen.

**Beim Bürger kommt die Diskussion um eine Flexibilisierung der Lebens-**

**arbeitszeit und verstärktes Engagement von Senioren häufig so an, als solle er länger als bislang Teil des Produktionsprozesses bleiben. Das meinen Sie doch sicher nicht, wenn Sie von lebenslangem Engagement sprechen?**

Da sind zwei ganz unterschiedliche Bereiche angesprochen: Wir sind einerseits davon überzeugt, dass das in den nächsten Jahrzehnten rapide dahinschmelzende Erwerbspersonenpotential in Deutschland nur dann ausreichend ausgeglichen wird, wenn wir eine längere Lebensarbeitszeit erreichen. Andere Länder in Europa, Dänemark und Großbritannien etwa, machen es vor: Viele Alte wollen und können heute länger arbeiten und sie haben reichlich Erfahrungen einzubringen – sie sind qualifizierter als jede Generation vor ihnen. Und sie haben ein Recht darauf, diese wichtigste Form gesellschaftlicher Teilhabe über formale Altersgrenzen hinaus in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig müssen wir alle dafür sorgen, dass die Personen, die nicht länger arbeiten können, mit einer gerechten Erwerbsminderungsregelung aus dem Erwerbsleben ausscheiden können.

Andererseits bleibt aber heute durchschnittlich nach dem Ende der Erwerbsarbeit ein gutes Drittel der Lebenszeit übrig, die wir in der sogenannten Nacherwerbsphase verbringen. Und hier sehen wir die Alten in einer moralischen Pflicht: Im Alter gilt es, der Gesellschaft freiwillig etwas zurückzugeben, sich nicht nur dem Konsum und der Unterhaltung hinzugeben, sondern einen Teil der verfügbaren Zeit auch für ein gemeinwohlbezogenes Engagement zu nutzen. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen sich der gesellschaftliche Zusammenhalt immer mehr auflöst, in denen soziale Gegensätze und Herausforderungen zunehmen. Nehmen wir nur die Bereiche Pflege/häusliche Betreuung und Bildung – da gibt es jede Menge zu tun – und das gegenwärtige Sozialsystem ist damit überfordert. Wir könnten also durch eigene Beteiligung nicht nur persönlichen Sinn und individuelles Glück stiften, sondern ein besseres Gemeinwesen schaffen, auf das wir angewiesen bleiben.

**Ihr Fonds zielt auf Konzepte für eine nachhaltige Bewältigung des demografischen Wandels. Haben Politik,**

**Wirtschaft und Wissenschaft da bislang zu wenig Kreativität entwickelt?**

Da sehen wir zumindest noch jede Menge Potentiale und Handlungsspielräume. Es geht uns bei der Vernetzung aller Akteure insbesondere darum, vorhandene zivilgesellschaftliche Initiativen und Institutionen zu einer wirksameren Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander zu bewegen und durchaus auch gemeinsame Ziele strategischer anzugehen. Das Einzelkämpfertum, das Konkurrenzdenken sowie das isolierte Denken und Handeln in den jeweiligen Silos gilt es unserer Meinung nach zu beenden. Wir müssen dem Zustand, dass jeder im eigenen Saft schmort, ein Ende bereiten. Politik, Verwaltung und Unternehmen müssen viel mehr als bisher gemeinsam mit der organisierten Zivilgesellschaft Strategien entwickeln, wie sie jeweils vor Ort demografiefeste Entwicklungen in Gang bringen wollen. Wir brauchen unbedingt neue Nachbarschaften mit einer Unterstützungsstruktur, um die bisher dominanten, aber demografisch wegbrechenden familiären Leistungen in Pflege und Betreuung zu ersetzen und das bestehende professionelle System zu ergänzen. ■



Das Glitzern eines Sommertags.  
Unser Weinland Pfalz.

# Die jungen und die alten Alten: **Eine Bereicherung!**

Es ist Wundersames, es ist Ungeheuerliches geschehen:  
In nur einem Jahrhundert haben die Menschen zwanzig  
Jahre an Lebenszeit gewonnen ...

**D**ie Lebenszeiten haben sich den Jahreszeiten angenähert. Früher bestand ein Leben aus Frühling, Sommer und Winter, also aus Kindheit, Arbeit und Sterben. Mit den geschenkten Jahren ist nun ein langer Herbst dazu gekommen noch eher öde für viele, schon golden für manche. Das große und lange Altern ist so neu, dass die Menschen es noch gründlich lernen müssen. Die Politik muss es auch noch lernen, auf das neue Alter klug zu reagieren

Zum Beispiel so: Das System der starren Altersgrenzen – ob 63, 65 oder 67 – ist aufzubrechen. Dieses starre, zu undifferenzierte System entspricht nicht den immer unterschiedlicheren Lebens- und Erwerbsverläufen. Die Menschen sollen mehr Entscheidungsfreiheit haben, sie sollen ihr Alter selbstbestimmter gestalten als bisher: Wer in Rente gehen will, bevor die festgelegte Beitragszeit erreicht ist, soll das tun können; er muss eben Abschläge in Kauf nehmen. Und wer über die festgelegten Beitragsjahre hinaus arbeiten will, soll das auch tun können und so seine Rente erhöhen. Ein solches System wäre gerecht, es wäre der große Perspektivenwechsel in der Rentenpolitik; es wäre Anreiz, länger für mehr Rente zu arbeiten; es brächte mehr Gleichbehandlung für die Versicherten. Jeder erhält nach der für alle festgelegten Beitragszeit seine ungekürzte Rente, deren Höhe sich an den Einzahlungen bemisst. Nur ein solches System ist eine kluge Konsequenz aus den demografischen Veränderungen. Das System der Altersgrenze muss so verändert werden, dass es den neuen Arbeits-, Lebens- und Altersrealitäten entspricht. Das junge Alter wird in Gesellschaft und Politik neu bewertet werden müssen. Und das alte Alter

braucht viel mehr Zuwendung als bisher. Der Sozialverband VdK hat einen juristisch und gesellschaftspolitisch spektakulären Schritt unternommen, um diese Zuwendung zu erstreiten: Er erhebt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage gegen „grundrechtswidrige Zustände“ im deutschen Pflegesystem. Der Sozialverband will mittels Verfassungsbeschwerde ein „gesetzgeberisches Unterlassen“ rügen. Gut zwanzig Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung soll die Politik auf diese Weise gezwungen werden, grundlegende Reformen nicht nur anzukündigen, sondern auch umzusetzen. Ziel der Klage sei es, dass die Menschen künftig in Deutschland „in Würde altern können“, sagt VdK-Präsidentin Ulrike Mascher. Sie traut den Ankündigungen der Politik nicht mehr. Die Missstände seien nun seit so vielen Jahren bekannt und von diversen Expertenbeiräten der Bundesregierung analysiert und kritisiert worden. Eine Pflegereform sei gleichwohl ausgeblieben. Es gelte nun, per Verfassungsklage in Karlsruhe einen Mindeststandard an Pflege sicherzustellen – und grundlegende Verbesserungen auch für Demenzzranke einzuklagen.

Demenzzranke – derzeit 1,4 Millionen Menschen in Deutschland, Tendenz stark steigend – erhalten derzeit nur geringe Leistungen aus der Pflegeversicherung. Ob die Klage auch nur ein wenig Aussicht auf Erfolg hat? Üblicherweise wird in Karlsruhe gegen ein bestehendes Gesetz geklagt. In diesem Fall soll nun ein neues, grundrechtsschützendes Gesetz eingeklagt werden. Die Verfassungsbeschwerde ist ein neues, bisher unübliches Mittel, um ein Handeln des Gesetzgebers zu erzwingen. Selbst wenn die Klage vergeblich sein

sollte: Sie lenkt den Blick auf ein gewaltiges Problem. Sie ist jedenfalls Aufmerksamkeits-Nothilfe.

Das Altern der Gesellschaft wird, wenn es ihr gelingt, das Altern zu lernen, ein Glücksfall sein für die Jungen, aber vor allem für die sehr Alten. Es wird nämlich, wenn es gut geht, einen neuen Gesellschaftsvertrag geben: Die Menschen in der dritten Lebenszeit, die die Erziehung ihrer Kinder hinter sich haben, werden sich um die Menschen in der vierten Lebenszeit, also um die ganz Alten, kümmern. Es wird einen neuen kategorischen Imperativ, einen gerontologischen Imperativ geben: Pflege die sehr Alten so, wie Du selbst in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren gepflegt werden willst! Eine Vision? Ja, aber eine Gesellschaft ohne Vision geht zugrunde.

Bürger, die anderen helfen können, leben länger das ist eine aufregende empirische Erkenntnis. Die Herbst-Menschen, also die Menschen in der dritten Lebenszeit, können sich für die ihnen geschenkten Jahre dankbar zeigen, indem sie sich um die Winter-Menschen kümmern, um die Menschen in der vierten Lebenszeit. Die nicht ganz Alten werden also, wenn es ganz gut geht, die Wahlverwandten der ganz Alten werden. Es werden im ganzen Land Nachbarschaftsvereine und Wohnpflegegruppen gegründet, in denen sich eine neue Kultur der Hilfe bewährt. Und die Menschen im dritten Lebensalter werden glücklicher sein als heute, weil sie spüren, dass sie gebraucht werden und auch noch ganz andere Dinge planen können als ihre nächste Kreuzfahrt.

Dieser neue Gesellschaftsvertrag funktioniert aber nur, wenn die materielle Existenz der Menschen im dritten Alter gesi-





chert ist. In etlichen Jahren wird es eine hohe Zahl von Herbst-Menschen geben, die nicht ihre nächsten Reisen, sondern das Anstehen an der Tafel organisieren müssen und die Klein-Jobs annehmen werden, um zu überleben. Wer sich im dritten Lebensalter sein Überleben organisieren muss, hat nicht die Zeit und nicht Muße, sich um den neuen Gesellschaftsvertrag zu kümmern.

Wenn dieser neue Gesellschaftsvertrag funktioniert, könnte das die allgemeine und furchtbare Angst vor dem hohen Alter schwinden lassen weil man dann weiß, dass man auch als dementer Mensch gut aufgehoben sein wird. John Bayley schreibt in seiner Elegie für Iris, in der er den Alltag mit seiner dementen Ehefrau beschreibt: Die Betreuung und Pflege des altersverwirrten Menschen ist wesentlich mehr als eine lästige Pflicht, der wir uns zu unterziehen haben. Sie ist der einzig wirksame Schutz vor der Neuauflage der alten Idee vom lebensunwerten Leben, zumal in einer Welt zunehmender wechselseitiger Distanziertheit unter dem eisigen Dreigestirn von Geld, Technik und rationalem Eigennutz. Die dementen Menschen lehren die (angeblich) gesunden Menschen, dass es um die beiderseitige Befreiung aus sozialer Verwüstung geht.

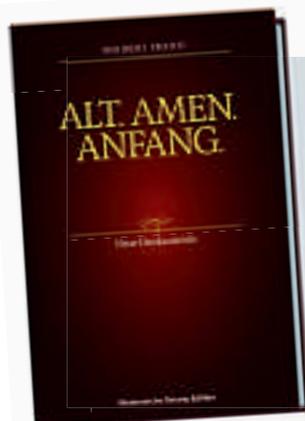
Früher hatten die Menschen Angst vor dem Sterben; heute haben sie Angst vor dem Altern. In den vergangenen Jahren haben Bedrohungsszenarien und Untergangspropheteien die Debatten über das Altern beherrscht: Der Kampf der Generationen wurde vorhergesagt und die Diktatur der Rentner;

die Alzheimerisierung des Landes wurde angekündigt und der Pflegenotstand eine Zukunft also, in der Hunderttausende von Alten in ihrem Dreck liegen und sich dem Tod entgegen windeln. Zukunft: das Wort bekam Druckgeschwüre. Und geredet wurde über den Umgang mit dem Alter wie über einen neuen Krieg. Dieser Krieg gegen das Massenaltern wurde mit Risperdal und Zopiclon geführt, mit Psychopharmaka und Neuroleptika; auf diese Weise sollte der Feind, das Alter, mit Festschnallgurten fixiert und niedergedrungen werden. Das ist Irrwitz, das ist Stalingrad im Pflegeheim. Die Gesellschaft muss ihren Frieden machen mit der Demenz, die eher Schicksal ist denn Krankheit, nämlich eine bestimmte Variante des Lebens im hohen Alter.

Nicht die Demenz ist neu, die hohe Zahl der dementen Menschen ist neu. Früher starben die meisten Menschen lange bevor sie der Demenz nahe kamen. Heute erleben ganz viele, was früher nur wenige erlebt haben. Die Beziehung zu diesen Menschen kann ein bitteres und zugleich bereicherndes Erlebnis sein. Fast jede meiner meist sonntäglichen Begegnungen mit meiner alten, dementen Mutter im Alters- und Pflegeheim

erlebe ich in einer Herzlichkeit und in einer Innigkeit wie zuletzt in meiner Kindheit.

Diese Erfahrung ist eine Erfüllung. Der demente Mensch ist Mensch, auch wenn er nicht mehr vernünftig ist; er hat, so erlebe ich es manchmal, auch eine Art von chaotischer Klugheit. Er ist ein Mensch – ein Mensch mit Demenz und mit Leib und Seele, Sinnlichkeit, Kreativität und Emotion. Die Kunst besteht darin, demente Menschen nicht mit Kleinkindern zu vergleichen und wie Kleinkinder zu behandeln, sondern sie weiter als Erwachsene ernst zu nehmen. Das wird nicht nur den Alten gut tun, sondern auch den Kindern. Es wird die Kindheit der Kinder verändern, wenn sie in einer Gesellschaft aufwachsen, die ein anderes Bild vom Menschen entwickelt: das Menschsein wird nicht am Lineal von Ökonomie und Leistungsfähigkeit gemessen. Hilfebedürftigkeit ist dann keine Störung, die behoben werden muss, sondern gehört zum Mensch-Sein. Ein solcher Umgang mit den Zeiten an den Schwellen des Lebens wäre eine große gesellschaftliche Wende, eine politische Wende, eine menschliche Wende, eine Zeitenwende. Gönnen wir unserem Leben diese Wende. ■



Der Autor: **Prof. Dr. Heribert Prantl** ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter der Redaktion Innenpolitik. Sein jüngstes Buch „Aus. Amen.Anfang: Neue Denkanstöße“ beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen des Alters. Es ist im Süddeutschen Verlag (Süddeutsche Zeitung Edition), hat 176 Seiten und kostet 14,90 Euro.



Flexi-Rente:

# Türöffner für eine neue Rentendebatte

Mit der Flexi-Rente lenken CDU/CSU die Rentendebatte endlich in die Richtung, in die sie hingehört: Beschäftigungshürden für Ältere werden abgebaut und die Erwerbstätigkeit über das Renteneintrittsalter hinaus unterstützt. Ein Beitrag von Carsten Linnemann.



Am 1. Juli ist mit dem Rentenpaket auch die Rente mit 63 und damit eines der wohl strittigsten Projekte dieser Koalition in Kraft getreten. Bis heute reißt die Kritik daran nicht ab. Kaum ein Tag vergeht, an dem in der Presse nicht über die zunehmende Zahl von Menschen berichtet wird, die diese neue Leistung in Anspruch nehmen wollen. Um nicht missverstanden zu werden: Den Betroffenen mache ich überhaupt keinen Vorwurf, im Gegenteil. Sie verhalten sich völlig rational, wenn sie den vorzeitigen Rentenanspruch stellen.

Aber das Argument, dass es hier um Menschen gehe, die 45 Jahre hart gearbeitet haben und deshalb nicht mehr können, lasse ich nicht gelten. Denn erstens werden auch Arbeitslosenzeiten unbegrenzt mit angerechnet, also auch Zeiten, wo man nicht „hart gearbeitet“ hat. Und zweitens hat der viel zitierte Dachdecker, der in der Regel schon deutlich vor dem 63. Lebensjahr „nicht mehr kann“, von der neuen Regelung keinen Nutzen. Er ist auf die Erwerbsminderungsrente angewiesen. Hier wäre das Geld, das man für die Rente mit 63 ausgibt, besser angelegt gewesen. Viel schwerer wiegt allerdings das falsche Signal, das die Rente mit 63 in einer Zeit des demografischen Wandels, in der neue und mutige Lösungen gefragt sind, sendet. Deutschland wird immer älter, bleibt dabei

im Alter immer fitter, die Wirtschaft sorgt sich wegen des Fachkräftemangels. Gute Politik zur Bekämpfung eines Fachkräftemangels sieht gewiss anders aus, zumal bereits ab dem Jahr 2015 die Ära des so genannten Babybooms voll durchschlagen wird. Dann verlassen jedes Jahr im Schnitt 300.000 Menschen mehr den Arbeitsmarkt als jüngere nachrücken.

Gleichzeitig rollt ein Riesenproblem auf unser Rentensystem zu, denn die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den Jahrzehnten nicht nur für Neugeborene massiv gestiegen, sondern auch ältere Menschen leben bereits länger. Konkret bedeutet das, dass der männliche Arbeitnehmer, der mit 63 in Rente geht, im Durchschnitt noch eine Lebenszeit von fast 20 Jahren vor sich hat. Um jeglichen Missverständnissen vorzubeugen: die steigende Lebenserwartung des Menschen ist ein großes Glück und Grund zur Zufriedenheit. Vor lauter Glück und Zufriedenheit dürfen wir es aber nicht versäumen, unsere sozialpolitischen Errungenschaften an diese neue Lebenswirklichkeit anzupassen. Wer bei den sozialen Sicherungssystemen nicht nachjustiert, setzt dieselben aufs Spiel. Es drohen herbe Wohlstandsverluste.

Genau aus diesen Gründen hat die Union die Rente mit 63 auch nicht gewollt. Sie

war vielmehr ein Zugeständnis an die SPD, die sich ohne dieses Projekt einer gemeinsamen Regierungsarbeit verweigert hätte. Man kann darüber lamentieren und sich fragen, ob da von unserer Seite klug genug verhandelt wurde. Schließlich war die Union als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Man muss aber erkennen: die FDP war raus, die Grünen feige und die Linke keine Alternative. Neuwahlen hätten Unsicherheit und eine lange Hängepartie zur Folge gehabt und möglicherweise ein ähnliches Ergebnis gebracht. Somit gab es keine Wahl, die Verhandlungsbasis war entsprechend brüchig. Der Union blieb nur die Möglichkeit, das Beste aus dieser schwierigen Situation zu machen. Im Fall der Rente mit 63 hieß das: Schlimmeres zu verhindern.

Zum Glück ist uns das gelungen. Das Gesetz, das letztlich beschlossen wurde, unterscheidet sich in wichtigen Punkten vom ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf aus dem Haus von Arbeitsministerin Nalles. Die schlimmsten Fallstricke, darunter auch die Gefahr einer Frühverrentungswelle mit 61, konnten so verhindert werden. Das Entscheidende aber ist, dass die Union im Rentenpaket einen ganz neuen Punkt setzen konnte: die Flexi-Rente.

Mit ihr lenken wir die Rentendebatte endlich in die Richtung, in die sie hingehört:

Wir bauen Beschäftigungshürden für Ältere ab und unterstützen die Erwerbstätigkeit über das Renteneintrittsalter hinaus. Das bislang geltende Befristungsverbot zur Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer, die bereits das Rentenalter erreicht haben, war eine solche Hürde. Mit dem Rentenpaket wurde sie jetzt abgeschafft. Eine entschei-

sicherung: Es ist natürlich richtig, dass die Rentenbehörde kurz vor Beginn des Renteneintritts ein Schreiben versendet, in dem sie darauf hinweist, dass der Empfänger in Kürze seine Rente beantragen kann. In meinem Urteil ist aber falsch, dass dieses Schreiben einer Aufforderung zur Beendigung der Erwerbstätigkeit gleichkommt,

älterer Arbeitnehmer erkennt und ein Gefühl dafür entwickelt, wie und wo er dieses Potenzial in seinem Betrieb am besten nutzen kann.

Unterm Strich hat also die Debatte um das Rentenpaket noch etwas Gutes gebracht. Sie hat stärker denn je die Erkenntnis rei-



**"Jeder, der länger arbeiten möchte, verdient unsere Unterstützung. Starre Regeln hingegen sind nicht mehr zeitgemäß."**

dende arbeitsrechtliche Barriere für die Weiterbeschäftigung im Rentenalter ist damit gefallen.

Aus Sicht der Union ist damit ein Anfang gemacht, dem aber weitere Schritte folgen müssen. Nach den arbeitsrechtlichen Regelungen sind jetzt die sozialrechtlichen Regelungen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere bei den Sozialabgaben für freiwillig Weiterbeschäftigte gibt es Handlungsbedarf. Derzeit müssen Arbeitgeber für Arbeitnehmer im Rentenalter Sozialbeiträge entrichten, obwohl diese überhaupt nicht mehr arbeitslos werden können und ihre Rente bereits beziehen. Das ist absurd und muss korrigiert werden. Es muss stattdessen gelten: Keine Leistungen, keine Beiträge! Das entspricht dem bewährten Äquivalenzprinzip im Rentensystem. Diese Debatte führen wir auch in der Arbeitsgruppe „flexible Übergänge in den Ruhestand“, die sich Ende Juni neu gegründet hat und der ich für die Union angehöre. Bis Herbst will diese Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge auf den Tisch legen.

Doch nicht nur die Politik ist bei diesem Thema gefragt. Die Teilhabe älterer Menschen am Erwerbsleben ist eine Aufgabe, die über Bande gespielt werden muss. Nehmen wir zum Beispiel die Rentenver-

die keinen Spielraum lässt. Sinnvoller wäre es, den Rentner in spe auf die weiteren Möglichkeiten hinzuweisen, die sich ihm eröffnen. Dazu gehört beispielsweise auch die Information, dass sich die Rente um etwa 25 Prozent erhöhen lässt, wenn man drei Jahre weiterarbeitet. Ich bin sicher, für so manchen wäre der Anreiz zum Weitermachen groß.

Eine bessere Informationspolitik allein kann natürlich nicht die erhoffte Wende bei der Beschäftigung Älterer herbeiführen. Auch die Beseitigung arbeits- und sozialrechtlicher Hürden kann dies nicht. Gefragt sind auch die Arbeitgeber. Wer als Unternehmer in den kommenden Jahren noch erfolgreich sein will, muss Wege finden, wie er älteren Arbeitnehmern die Weiterarbeit schmackhaft machen kann. Dazu gehört auch, dass er das Potenzial

fen lassen, dass wir künftig verstärkt die älteren Arbeitnehmer brauchen. Auch jenseits eines gesetzlich festgelegten Renteneintrittsalters. Wir brauchen ihr Know-how, ihre Erfahrung und ihre sozialen Fähigkeiten. Jeder, der länger arbeiten möchte, verdient daher unsere Unterstützung. Starre Regeln hingegen sind nicht mehr zeitgemäß. Sie passen nicht in eine Zeit, in der das Alter neu erlebt wird und auch neu gedacht werden muss.

Am Ende geht es um nicht weniger als um einen Mentalitätswechsel. Einen Mentalitätswechsel in der Gesellschaft, der von der Politik behutsam, aber zielstrebig eingeleitet werden muss. Keine Frage, das ist eine große Herausforderung. Und zwar für uns alle. Die Union ist aber bereit, diese Herausforderung anzunehmen. ■

Der Autor: **Carsten Linnemann** MdB, Jg. 1977, ist promovierter Volkswirt und Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 gewann er das Direktmandat im Wahlkreis Paderborn. Seit 2009 ist Carsten Linnemann auch Mitglied im Landesvorstand der CDU NRW.





## INSELN DES EWIGEN FRÜHLINGS

### REISE 490, 07.12.2014–12.12.2014 VON CADIZ NACH LAS PALMAS

6 TAGE (5 NÄCHTE AN BORD)

2-Bett Außenkabine (Garantie Deck 4+5) bereits ab € 1.340,- p.P.\*  
2-Bett Außenkabine (Garantie, Deck 7+8) bereits ab € 1990,- p.P.\*

\*inkl. Hin- und Rückflug

\*nicht kombinierbar mit anderen Angeboten und Rabatten/  
auch nicht Treuerabatt und/oder Solisten-Angebot

Seien Sie Gast der DEUTSCHLAND auf ihrem Weg vom südspanischen Cádiz bis zu den Kanarischen Inseln. Unterwegs gibt es viel zu entdecken. Eine Route, auf der Sie immer neue Reiseindrücke sammeln werden!



## PALMEN, STRÄNDE, FEUERBERGE

### REISE 491, 12.12.2014– 18.12.2014 VON LAS PALMAS NACH LISSABON

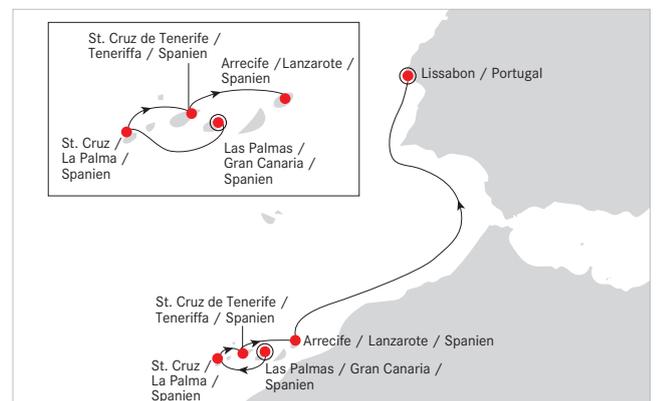
7 TAGE (6 NÄCHTE AN BORD)

2-Bett Innenkabine (Garantie) bereits ab € 1.090,- p.P.\*  
2-Bett Außenkabine (Garantie, Deck 4+5) bereits ab € 1.440,- p.P.\*

\*inkl. Hin- und Rückflug

\*nicht kombinierbar mit anderen Angeboten und Rabatten/  
auch nicht Treuerabatt und/oder Solisten-Angebot

Die Kanarischen Inseln gehören zu den klassischen Kreuzfahrtszielen. Mit der DEUTSCHLAND werden Sie die schönsten Landschaften des Archipels bereisen. Die Inseln Gran Canaria, La Palma, Teneriffa und Lanzarote muss man gesehen haben, ebenso wie Lissabon.





## GROSSE FESTTAGSREISE ZUM ORINOCO

**REISE 492, 18.12.2014 - 04.01.2015**  
**VON LISSABON NACH LA GUAIRA (CARACAS)**  
**18 TAGE (17 NÄCHTE AN BORD)**

2-Bett Innenkabine ab € 5.250,- p.P.  
2-Bett Außenkabine ab € 6.490,- p.P.

Die Weihnachts- und Silvesterreise der DEUTSCHLAND führt auf selten besuchte Inseln, lädt zur exotischen Flussfahrt ein und endet nach dem Jahreswechsel in einem karibischen Traum. Feiern Sie mit uns an Bord auf dieser besonderen Festtagsreise!



### UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:

- Reise 492 -
  - 5% - Bordguthaben für Getränke / Landausflüge auf den Passagepreis bei Buchung bis 14.10.2014.\*
- \*gilt nicht für Fortuna-Kabinen

### TREUERABATT REISE 492:

Für Kunden, die schon öfter mit der Reederei Peter Deilmann gefahren sind. Bitte fragen sie uns nach dem Treuerabatt.

### BESTELL - COUPON FÜR SOUVERÄN - LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise eine Kabine:

- Reise 490 von Cadiz nach Las Palmas
- Reise 491 von Las Palmas nach Lissabon
- Reise 492 von Lissabon nach La Guaira

Name/Vorname \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

2-Bett Kabine    Einzelkabine   Deck \_\_\_\_\_   Preis pro Peson \_\_\_\_\_

Bitte diesen COUPON ausschneiden und einsenden an:

Kleinmoor-Kreuzfahrten • Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at • Tel. Information: (04298) 417660



Doppelte Staatsbürgerschaft:

# Integrationshilfe? Im Gegenteil ...

Ein Gespräch mit Peter Graf Kielmansegg.

## **Sie sind emeritierter Professor der Universität Mannheim. Warum treibt Sie das Thema doppelte Staatsbürgerschaft auch im Ruhestand noch um?**

Einen Ruhestand fürs Denken, fürs Nachdenken gibt es nicht. Zudem gilt ja für meinen Beruf, den des Hochschullehrers und Wissenschaftlers, dass die Grenze zwischen Beruf und Ruhestand so scharf nicht gezogen ist wie in anderen Fällen. Wir dürfen weiter lehren; wir können als Geisteswissenschaftler anders als die meisten Naturwissenschaftler, die ihr Labor brauchen, unsere wissenschaftliche Arbeit weiterführen; wir können weiter schreiben. Allerdings habe ich mich mit dem, was ich schreibe, in den letzten Jahren immer stärker an die weitere politische Öffentlichkeit gewandt, nicht mehr so sehr an die Zunft meiner Fachkollegen.

Das Thema doppelte Staatsbürgerschaft beschäftigt mich als Bürger und als Wissenschaftler gleichermaßen. Als Politikwissenschaftler ist die Demokratietheorie immer eines meiner Hauptarbeitsfelder gewesen. Staatsbürgerschaft ist gewissermaßen der Kern der Demokratie. Als Bürger fürchte ich, dass die vererbliche doppelte Staatsbürgerschaft für eine starke ethnische Minorität unser Land vermutlich in einer Weise verändern wird, die wir nicht wünschen können.

## **Staatsbürgerschaft ist für die meisten ein recht abstrakter Begriff. Was bedeutet Staatsbürgerschaft eigentlich?**

Viele Rechte sind heute nicht mehr an die Staatsbürgerschaft gebunden. Dies gilt insbesondere für die, die sich legal in einem Land aufhalten, dessen Staatsangehörige sie nicht sind. Die meisten Grundrechte etwa sind im Grundgesetz nicht den Deutschen vorbehalten. Rechte, die sich aus Arbeitsverhältnissen ergeben, wie Rentenansprüche, sind nicht mit der Staatsangehörigkeit verknüpft – das sind nur Beispiele. Dennoch ist die Staatsbürgerschaft noch immer konstitutiv für die Zugehörigkeit zu

einem Gemeinwesen. Die politischen Mitentscheidungsrechte (Wahlrecht) stehen nur den Staatsbürgern zu. Staatsbürger haben einen Anspruch auf Schutz durch ihr Land. Staatsbürger haben ein unbedingtes Recht, sich in ihrem Land aufzuhalten und in ihr Land einzureisen. Staatsbürgerschaft ist also der rechtliche Ausdruck der besonderen Verbundenheit mit einem ganz bestimmten Land.

## **Besteht die Gefahr, dass der Pass, der die Staatsangehörigkeit dokumentiert, infolge der Neuregelung zu einem bloßen Berechtigungsschein wird?**

Es ist der Geist unserer Zeit, beim Thema Staatsbürgerschaft nur noch an Rechte zu denken und diese Rechte möglichst breit streuen zu wollen. Das ist eine Verengung. Wer mitentscheidet über das Wohl und Wehe eines Landes, wer ein unbedingtes Heimatrecht in einem Land hat, dazu einen Anspruch auf Schutz durch dieses Land, der hat auch Pflichten diesem Land gegenüber; die Pflicht, ganz allgemein gesprochen, das Wohl und Wehe des Landes zu bedenken, wenn er von seinen staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch macht. Erwarten kann man das nur von Menschen, die das Land wirklich als das Ihre betrachten, sich ihm in besonderer Weise verbunden fühlen. Demokratie ernst genommen setzt ein solches Verständnis von Staatsbürgerschaft voraus. Löst man den Zusammenhang zwischen dem Recht mitzuentcheiden und der besonderen Verbundenheit mit dem Land, über dessen Wohl und Wehe entschieden wird, auf, überträgt man staatsbürgerliche Rechte sozusagen bedingungslos, dann ist Demokratie in ihrem Kern getroffen.

## **Letztlich zielt das Gesetz doch wohl hauptsächlich auf die Einbürgerung der Türken. Könnte die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft deren Integrationsbereitschaft nicht sogar absenken?**

Man kann und muss über die doppelte Staatsbürgerschaft prinzipiell diskutieren. Man kann und muss über die doppelte Staatsbürgerschaft aber auch konkret diskutieren. In Deutschland geht es in der Tat im Wesentlichen um die türkische Minderheit. Diese Minderheit ist zahlenmäßig stark, sie kommt aus einem außereuropäischen Kulturraum, sie siedelt sich in einer Reihe von Großstädten sehr kompakt an, sie tendiert dazu, in ihrem Herkunftsmilieu, vor allem auch sprachlich, zu verharren und dieses Herkunftsmilieu immer wieder, etwa durch Familiennachzug, zu erneuern. Dazu bemüht sich der türkische Staat, die im Ausland lebenden Türken eng und dauerhaft an sich zu binden. Die Aussicht, dass die doppelte Staatsbürgerschaft die Integrationsbereitschaft einer solchen Minderheit fördert, ist sehr gering. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie das Gegenteil bewirkt, ist sehr viel größer. Wir müssen damit rechnen, dass sich durch die doppelte Staatsbürgerschaft eine schwach integrierte, in wesentlichen Hinsichten als Parallelgesellschaft organisierte, aber mit allen politischen Rechten ausgestattete ethnische Minderheit in unserem Land etabliert.

## **Vermutlich wird das Gesetz eine parlamentarische Mehrheit bekommen. Tut sich das Einwanderungsland Deutschland damit wirklich einen Gefallen?**

Die Antwort habe ich eigentlich schon gegeben. Deutschland hat, was die türkischen Einwanderer angeht, ohnehin schon eine sehr schwierige Aufgabe. Viel spricht dafür, dass die Aufgabe durch die vererbliche doppelte Staatsangehörigkeit noch schwieriger wird. Es sind denn wohl auch keine nüchternen integrationspolitischen Überlegungen, die hinter dem Vorhaben der Großen Koalition stehen, sondern auf der einen Seite dogmatisch fixierte Überzeugungen, auf der anderen parteitaktische Kalküle. ■

# AUS DER SENIOREN-UNION

Altersgerechtes Umbauen:

## Wieder mit Zuschüssen gefördert

Eine seit 2011 vehement vorgetragene Forderung der Senioren-Union wird umgesetzt.

Die meisten Senioren haben den Wunsch, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in ihrer eigenen Wohnung oder im eigenen Haus führen zu können. Das vertraute Wohnumfeld und die familiäre Geborgenheit sind ein wichtiger Halt in ihrem Alltag. Um den Wohnraum altersgerecht herzurichten, sind jedoch oftmals kostspielige Umbaumaßnahmen notwendig, die von vielen älteren Menschen oft nicht alleine finanziert werden können.

Wir als Senioren-Union begrüßen daher ausdrücklich, dass die im Jahr 2012 eingestellten Investitionszuschüsse im Rahmen des kreditbasierten KfW-Förderprogramms „Altersgerechtes Umbauen“ jetzt wieder aufgenommen werden. So sind bereits im Bundeshaushalt 2014 wieder 10 Millionen Euro für eine Bezuschussung enthalten. Insgesamt ist ein Volumen von 54 Millionen Euro für die Laufzeit von 2014 bis 2018 vorgesehen.

Damit wird eine Forderung der Senioren-Union umgesetzt. Bereits im Jahr 2011

hatte die Senioren-Union einen Antrag an den CDU-Bundesparteitag gestellt und gefordert, dass die ab 2012 geplante Streichung der Fördermittel rückgängig gemacht werden solle. Der Bundesvorstand

der Senioren-Union hatte dieses Thema nochmals ausdrücklich als einen wichtigen Punkt in seine Agenda für die politische Arbeit in 2014 aufgenommen. Alle diese Bemühungen der Senioren-Union haben nun gefruchtet.

Wie wichtig das Thema des altersgerechten Umbaus von Wohnraum ist, zeigen die folgenden Zahlen: Nach Studien sind von 40 Millionen Wohnungen in Deutschland derzeit nur 550.000 altersgerecht ausgestattet. Rund 95 Prozent der älteren Menschen sind in ihrem Wohnraum oder Wohnumfeld mit teils erheblichen Barrieren konfrontiert. Bei rund 83 Prozent der aktuell 11 Millionen Seniorenhaushalte wurde ein erheblicher Anpassungsbedarf des Wohnraums festgestellt. Insgesamt fehlen schon jetzt 2,5 Millionen altersgerechte Wohnungen. Aufgrund der demographi-



schon Entwicklung wird diese Zahl im Jahr 2020 auf drei Millionen angestiegen sein.

Angesichts dieser Prognosen bewertet es die Senioren-Union der CDU sehr positiv, dass das Zuschussprogramm für den alters- und behindertengerechten Wohnungsumbau von der Bundesregierung jetzt wieder aufgenommen wird, um dem steigenden Bedarf älterer Menschen nach einem Umbau ihrer Wohnung nachkommen zu können. Aufgrund der hohen Bedeutung dieses Themas wird die Senioren-Union dem altersgerechten Umbau von Wohnraum weiterhin eine hohe Aufmerksamkeit widmen und sich auch künftig für eine zielgerichtete Förderung der Umbaumaßnahmen einsetzen.

Alfons Gerling, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union.

### Senioren-Union NRW:

## Leonhard Kuckart erneut Landesvorsitzender

Auf der Landesdelegiertenversammlung am 13. Juni 2014 in Düsseldorf wählten die 170 Delegierten den stv. Bundesvorsitzenden Leonhard Kuckart mit satten 83 % erneut zum Landesvorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern bestimmten die Delegierten Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Christa Thoben, Eberhard Bauerdick, Norbert Gönnewicht und Bernhard Mihm. Reinhold Uhlenbrock wird sich in den kommenden zwei Jahren weiterhin um die Finanzen kümmern und Elke Rühl ist

weiterhin Schriftführerin. In einer Grundsatzrede forderte Kuckart eine Politik, in der politische Entscheidungen zu Lasten der Gegenwart getroffen werden, um die Zukunft zu sichern. Hier könne die Senioren-Union der stabilisierende Faktor sein. Kuckart: „Der Satz, dass Kinder unsere Zukunft seien, ist nicht richtig. Sie können unsere Zukunft nicht sein, sondern wir sind es für sie. Wir haben die Verantwortung dafür, dass sie künftig in einer guten Gesellschaft leben können.“





Jahrestag des Mauerbaus:

## Gedenken an die Opfer der sozialistischen Diktatur

Am Tag des Mauerbaus, dem 13. August, gedachten Junge Union und Senioren Union Hamburg den Opfern der sozialistischen Diktatur in der ehemaligen DDR. Gemeinsam wurden zu diesem Anlass 53 weiße Rosen am Berliner Mauerstück auf dem Platz der deutschen Einheit, in der Hamburger HafenCity, niedergelegt.

Über 16 Mio. Einwohner wurden von dem menschenverachtenden Regime der SED über Jahrzehnte als Geiseln gehalten. Zwischen 200.000 und 250.000 von ihnen inhaftierte man aus politischen Gründen, mehr als 1.600 Menschen wurden wegen ihres Freiheitsdranges an der Grenze kaltblütig ermordet, davon rund 140 Personen an der Berliner Mauer und den dazu gehörigen Grenzanlagen. Es darf keine Verharmlosung der ehemali-

gen DDR geben. Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes müssen bundesweit in den Lehrplänen unserer Schulen einen breiteren Raum bekommen.

Dazu erklären die Landesvorsitzenden Carsten Ovens (Junge Union) und Hermine Hecker (Senioren Union): „Die Vergangenheit mahnt, im Angesicht der ungeheuren Verbrechen der sozialistischen Diktaturen, die nicht nur Deutschland, sondern auch unsere östlichen Nachbarn über 40 Jahre lang unterdrückt haben, ist die Friedens- und Versöhnungsarbeit der Europäischen Integration nicht hoch genug anzusehen. Die gemeinsame dunkle Vergangenheit ist auch heute noch eine Mahnung, ihre Aufarbeitung europaweit gemeinsam zu gestalten und kraftvoll dafür einzutreten, unsere Werte und Freiheiten zu verteidigen.“ C.B.

Zum 25-jährigen Bestehen im November 2014 hatte die **Senioren-Union der Kreisvereinigung Ammerland** gehofft, die Mitgliederzahl von 1.000 verkünden zu können. Doch bereits Ende August konnte die Kreisgeschäftsstelle die stolze Zahl von inzwischen 1.001 Mitgliedern vermelden. Kreisvorsitzende Heidi Exner dankte allen sechs Gemeindeverbänden für ihre attraktiven Angebote mit einer Mischung aus Politik und Kultur, Unterhaltung und Bildung vor Ort.

**Bremerhaven:**

### Beeindruckende Vielfalt

Dass ein breitgefächertes und attraktives Angebot die Menschen in die Senioren-Union lockt, beweist derzeit die Kreisvereinigung in Bremerhaven. In wenigen Jahren hat sie ihre Mitgliederzahl auf heute über 250 vervielfacht. Ob Besuch in einer Schiffswerft oder „nur“ eine Fahrradtour in die attraktive Umgebung, unter den monatlich zahlreichen Terminen ist für jeden etwas dabei. Besonders beliebt sind die Frühstücksrunden mit namhaften Referenten im Weser Yacht Club mit durchschnittlich 70 bis 100 Teilnehmern. Das wirklich „volle Programm“ gibt es jeweils zum Jahresende als Flyer, den man sich zur Übersicht an die Pinwand hängen kann. Kreisvorsitzender Wilhelm Behrens ist sicher, den richtigen Kurs zu fahren: „Nicht nur Freizeitaktivitäten, sondern auch politische Informationen aus erster Hand, helfen mit für das Miteinander unserer Generation.“

## Hessischer Verdienstorden für Alfons Gerling

Wegen seiner großen Verdienste in der Landes- und Kommunalpolitik sowie seines ehrenamtlichen Engagements für seine Heimatstadt Frankfurt und für Hessen wurde dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Alfons Gerling der Hessische Verdienstorden verliehen. Ministerpräsident Volker Bouffier überreichte diese hohe Auszeichnung in einer Feierstunde im Mai in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden.

Zu den ersten Gratulanten gehörte die stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Helga Hammer, die Gerling insbesondere für sein Engagement für die ältere Generation dankte, um die er sich in seiner Zeit als Landesvorsitzender der Senioren-Union Hessen, als senioren-politischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion sowie jetzt als stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union große Verdienste erworben habe.



Europäische Senioren-Union (ESU):

## Deutsche Seniorenpolitik bleibt für ESU bedeutsam



ESU-Präsidentin An Hermans bei einer der Gedenkfeiern für die Opfer des Zweiten Weltkrieges (Meensel-Kiezegem, Foto: I.A.)

Drei Fragen an die  
ESU-Präsidentin em. Prof.  
Dr. An Hermans (Belgien)

**Frau Professor Hermans, es ist nun fast ein Jahr her, dass die ESU-Spitze von Dr. Bernhard Worms auf Sie übergegangen ist. Es waren anstrengende und erfolgreiche Monate. Die Verlagerung des Generalsekretariats nach Brüssel erforderte die Anpassung der Statuten an das belgische Recht. Die Erklärung des Wahlkongresses vom November „Für eine seniorenfreundliche Gesellschaft“ hat Impulse ausgelöst. Die ESU beteiligte sich aktiv an den Wahlen zum Europäischen Parlament. In Bulgarien, Schweden, Deutschland, Litauen, Polen und Österreich hatten Sie Gelegenheit, einige der ESU-Mitgliedsverbände näher kennenzulernen. Welche Erfahrungen haben Sie aus all diesen Aktivitäten für die nächste Etappe Ihres Wirkens gewonnen?**

An Hermans: In erster Linie hat das vergangene Jahr meine Anerkennung für den Einsatz von Senioren bestätigt und verstärkt. Ihr freiwilliges Engagement für Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für die Gesellschaft als Ganzes ist unersetzlich. Unter den unterschiedlichen Erkenntnissen und Erfahrungen wähle ich drei aus: 1. Senioren erleben Europa (in ihrer Lebensgeschichte). Jugendliche erleben Europa als eine Selbstverständlichkeit in Form von offenen Grenzen, Kommunikation,

internationalen Kontakten. Senioren erleben Europa, den Kampf für Europa, den Kampf für Freiheit und Demokratie in ihrer Lebensgeschichte.

Was mich am meisten fasziniert, und was mich bewegt, sind die Begegnungen mit Menschen aus meiner Generation in den verschiedenen Mitgliedsstaaten. Ihre Lebensgeschichte konfrontiert mich plötzlich mit dem, was Macht, Krieg, Unterdrückung und Ungerechtigkeit den Menschen und Familien angetan haben. Und der Weg zu einem vereinten Europa ist nicht zu Ende. Europa in Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität zu vereinen, ist jeden Tag aufs Neue eine Herausforderung.

2. ‚Altersfreundliche Gesellschaft‘ ist ein Prinzip, das aktives Altern fördert, und das die Lebensqualität nicht nur für ältere Menschen verbessert. Es muss auf allen politischen Ebenen und im Denken der Gesellschaft einen Platz erhalten. Es fordert generationsübergreifende Gespräche sowie den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Das möchten wir in Zukunft mehr fördern. Dazu appellieren wir an unsere Mitgliedsverbände, und wir werden auch zu Beginn der Legislaturperiode die EVP-Mitglieder im Europäischen Parlament ansprechen. Wir sind davon überzeugt, dass auch der neue Fraktionsvorsitzende Manfred Weber inspiriert sein wird, mit einer Reihe von EVP-Mitgliedern der Stimme der Senioren Gehör zu verschaffen und nach einem altersfreundlichen Europa zu streben.

3. Kommunikation und vor allem die ‘di-

gitale Kommunikation‘ ist, und wird immer mehr, ein Schlüssel im täglichen Leben, im lebenslangen Lernen, in der Pflege, in der Informationsverbreitung usw. sein. Internet, Facebook, soziale Netzwerke spielen auch in der politischen Kommunikation eine bedeutende Rolle. Im letzten Jahr konnte ich über Facebook die konkreten Aktivitäten (Stammtische, Reisen, Gespräche mit Politikern) einiger Seniorengruppen der CDU und CSU mitverfolgen. Wir haben selbst auch eine Facebook-Seite (<https://www.facebook.com/esu.epp>) eingerichtet, die sehr nützlich für den Informationsaustausch sein kann. Aber wir müssen feststellen, dass das Internet kein selbstverständlicher Kommunikationsweg für Senioren ist. Deshalb müssen wir nach einer zweiseitigen Strategie streben: Motivation, Motivation, Motivation, die Schwelle zur digitalen Kommunikation doch zu überschreiten und AUCH die geschriebene und die gedruckte Kommunikation – wie die Souverän – weiterhin verbreiten.

**Aus Deutschland gehören dem Präsidium Dr. Gabriele Peus-Bispinck (NRW) und Elke Garczyk (Bayern) als Vizepräsidentinnen an. Welche Schwerpunkte setzt sich die Führung bei der Festigung und Erweiterung der ESU-Strukturen?**

Die beiden deutschen Vizepräsidentinnen wurden vom ESU-Kongress gewählt. Gemeinsam stecken wir im Präsidium eine Reihe von Zukunftswegen ab: Positionierung in der EVP, Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen, Regionalkongresse, Erfahrungsaustausch aus den Mitgliedsstaaten. Für mich sind unsere deutschen Vizepräsidentinnen ein wichtiges Sprachrohr für die christdemokratische und christsoziale Tradition und für die Einheit, die in Europa erreicht wird. Dass wir das ESU-Generalsekretariat nach Brüssel verlagert haben – eine Entscheidung, die bereits getroffen wurde, bevor ich Präsidentin wurde – bedeutet aber nicht, dass wir die organische Bindung mit der deutschen Tradition nicht respektieren. Im Gegenteil: Meiner Erfahrung nach repräsentiert Deutschland auch eine lange Tradition wissenschaftlicher Forschung und Politik über Menschen-



„Löwen gehört zu den sieben Märtyrerstädten in Belgien. Vom 25. bis 29. August 1914 wüteten die deutschen Besatzer in der Stadt: 209 Zivilisten wurden erschossen, 650 in Viehwaggons nach Deutschland geschafft. Am 27. August wurde die gesamte Bevölkerung aus der Stadt vertrieben. Die Universitätsbibliothek brannte vollständig nieder, wurde wieder aufgebaut, und fiel im Mai 1940, während des zweiten deutschen Einmarsches, erneut den Flammen zum Opfer.“  
(Auszug aus der Rede des deutschen Bundespräsidenten in Löwen am 4. August 2014).

geschichte, Familie, Wohlstand und Pflege, 'Mitbestimmung' in Unternehmen. Die Seniorenpolitik und die Mitsprache von Senioren in der Politik ist in Deutschland das Werk von Fachleuten und Freiwilligen. Es ist schon lange kein 'zufälliges Ehrenamt' mehr. Ich hoffe, dass Frau Dr. Peus-Bispinck und Elke Garczyk, Dr. Worms, Ulrich Winz und die früheren Mitglieder des Präsidiums weiterhin für Informationsfluss und Unterstützung stehen.

**Ihre Heimat ist Flandern. Sie haben in Löwen studiert und gelehrt. Mit welchen Gefühlen haben Sie das Gedenken an die Opfer des 1. Weltkrieges in Belgien erlebt?**

Anfang August wurde in Belgien des Ausbruches des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und auch des Kriegsendes vor 70 Jahren gedacht. Bei einer der Gedenkfeiern legte ich als Vorsitzende des Provinzrates von Flämisch-Brabant einen Kranz an ei-

nem Mahnmal nieder. Bei allen Gedenkfeiern fiel auf, dass sie mehrere Funktionen haben: Der Toten gedenken und sie ehren, Verbundenheit schaffen, Frieden und Versöhnung fördern. Auch in meinem Wohnort Löwen, in dem im August 1914 der deutsche Überfall Tod und Verwüstung brachte. (Siehe Kasten oben)  
Die Katholische Universität Leuven hat nach dem Wiederaufbau die Hand jedoch schnell nach Versöhnung und Zusammen-

arbeit ausgestreckt. 1958 verlieh sie Konrad Adenauer und Robert Schuman die Ehren doktorwürde. Nicht um den Krieg zu vergessen, sondern als einen entscheidenden Beitrag auf dem Weg zu einer Zusammenarbeit in Europa. Daher konnte der deutsche Bundespräsident am 4. August in Löwen hoffnungsvoll in die Zukunft schauen: „Denn wir wollen nicht nur erinnern, was versöhnungsbereite Menschen vor uns geschaffen haben, wir wollen vielmehr ihr Werk fortsetzen und vertiefen.“ In diesen Tagen von Konflikten, Kriegen und Zerrüttung sind die Gedenkfeiern des Ersten Weltkrieges auch Momente des Mitfühlens mit all den Gebieten, in denen Menschen unter Gewalt und Unterdrückung leiden. An so viele Kriege und Konflikte, die die Medien kaum erreichen, wo aber immer Männer, Frauen und Kinder aus Fleisch und Blut die Opfer sind... ■  
Das Interview führte Ulrich Winz (ESU)

# Hotel Mariandl



*Sommerfrische in der Wachau!*



**Gruppenangebot Nächtigung im Mariandl inmitten der Wachauer Weinberge**



**Preis pro Person und Tag im Doppelzimmer (Statt € 60,-) inklusive Frühstücksbuffet und Halbpension € 55,-**



**Gratis** Eintritt in das **Gunther Philipp Museum**  
**Gratis** Eintritt in den ersten Wachauer Naturschaugarten  
**Filmvorführung** im hauseigenen „Urwachau-Kino“



Zahlreiche **Ausflugsmöglichkeiten** (Mystisches Waldviertel—Wien—Donauschiffahrt—Radwege—Wanderwege—Urwachau-Heurigen) **beste Verkehrsanbindung**

**Hotel Mariandl BetriebsGmbH**  
Kremserstraße 2  
3620 Spitz an der Donau  
**Wachau - Österreich**  
Tel.: 0043 (0)664/ 540 30 08  
Fax: 0043 (0)2713/23 13  
E-Mail: info@hotel-mariandl.at  
Web: www.hotel-mariandl.at

*Das Hotel für Seniorenausflüge!*

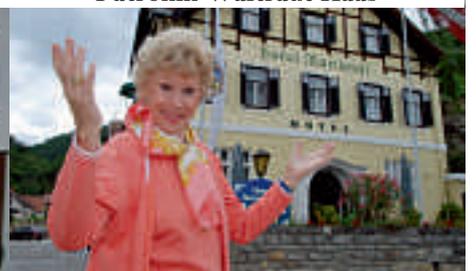
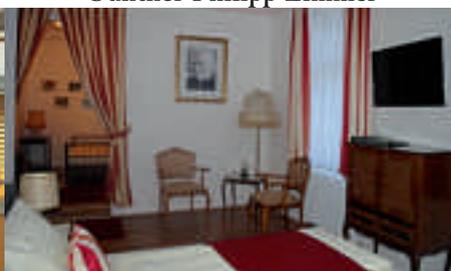
**Restaurant-Angebote** auf Anfrage. (Buffet—Menüs—Kaffee&Kuchen)

**Individualreisende** sind herzlichst willkommen!

Rock-Ola

Gunther Philipp Zimmer

Patronin Waltraut Haas



# Der Postbote als „Kümmerer“?

Ein insbesondere für ältere Menschen interessantes Pilotprojekt läuft in Belgien seit Anfang des Jahres. In der flämischen Küstenstadt Ostende besuchen die Postboten ca. 6.000 ältere Personen, um nachzusehen, ob diese Hilfe brauchen.

Alle Bürgerinnen und Bürger von Ostende, die älter als 80 Jahre sind, können in einer Umfrage angeben, ob sie sich einsam fühlen oder soziale Dienste benötigen. Vorbild für das Pilotprojekt sind entsprechende Angebote aus Frankreich und den USA. Dort schauen Briefträgerinnen und Briefträger schon länger nach älteren Menschen und bieten darüber hinaus noch andere Dienstleistungen an, z.B. versorgen sie die Kunden mit Medikamenten.

Die Basis dieses Pilotprojekts bildet eine Kooperation zwischen dem Sozialamt der Stadt Ostende und der belgischen Post (Bpost). Das Sozialamt hatte sich für die Post als Partner der Umfrage entschieden, weil Briefträgerinnen und Briefträger ohnehin an allen Häusern vorbeikommen und besonders auch für ältere Menschen in gewissem Maße „Vertrauenspersonen“ sind. Die Postboten füllen Fragebögen mit den Älteren aus und vermerken darauf, was ihnen persönlich auffällt. Nach der Auswertung werden dann Sozialarbeiter bei denjenigen Seniorinnen und Senioren vorbeischauchen, die dies wünschen oder offenkundig Hilfe im Alltag benötigen.

Das Gute daran: Die Hilfestellung wird täglich kostenlos angeboten und niemand ist dazu verpflichtet, mitzumachen. Das Sozialamt der Stadt Ostende wird unterstützt und erhält wertvolle Hinweise mit Blick auf die ältere Bevölkerung. Zudem wird die Arbeit für die Briefträgerinnen und Briefträger durch das Pilotprojekt abwechslungsreicher. Andere Städte in Flandern, aber auch Gemeinden in Brüssel und der Wallonie, haben bereits Interesse für das Pilotprojekt in Ostende bekundet.

Das Projekt hat aber offensichtlich auch in Deutschland Interesse geweckt. Die Deutsche Post startete im Juli in Mülheim und Gelsenkirchen das bislang bundesweit einmalige Pilotprojekt „Post persönlich“. Für rund 40 Euro im Monat gibt es die Möglichkeit eines zusätzlichen persönlichen Kontaktes zu Briefträgerinnen und Briefträgern. Wer sich anmeldet, bekommt neben der Briefzustellung auch einen Kontrollbesuch. Laut Postsprecher Rainer Ernzer richtet sich der Zusatzservice nicht nur an ältere Menschen, sondern an alle Hilfsbedürftige in jedem Alter. Die Idee, die dahinter steckt: Postbotin bzw. Postbote erkundigen sich an der Haustür nach dem Wohl der Kunden. Sollte nicht aufgemacht werden bzw. der Eindruck der Hilfsbedürftigkeit entstehen, wird die Johanniter-Unfall-Hilfe verständigt oder im Notfall der Rettungsdienst verständigt. Je nach Wunsch kann der Service von Dienstag bis Freitag bzw. bis Samstag gebucht werden. Nach Auskunft der Deutschen Post soll die Testphase von Juli bis September 2014 dauern, danach die Erfahrungswerte ausgewertet werden.

Die Intention der Belgischen und der Deutschen Post, Älteren durch mehr Service zu helfen und ihnen das Alltagsleben zu erleichtern, ist zu begrüßen. Allerdings stellt sich die Frage, warum die Deutsche Post dafür Geld verlangt. Als „fragwürdiges Geschäftsmodell“ hat dies der Chef der Senioren-Union (SU), Prof. Dr. Otto Wulff, kritisiert. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz hat das Angebot der Deutschen Post gar als „Frechheit“ und „Bauernfängerei“ kritisiert. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Eugen Brysch hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der Preis von 40 Euro doppelt so hoch liege wie bei herkömmlichen Hausnotrufdiensten. Mit der Vertrauensstellung Postbote, der für viele Ältere der einzige tägliche menschliche Kontakt sei, solle schnell Kasse gemacht werden, so Brysch. Fakt ist: Andere Anbieter erkundigen sich täglich nach dem Befinden von Älteren und Hilfsbedürftigen, auch am Wochenende. ■

Fabian Schalt



Elbe

**Seniorenwohnungen  
„Bellevue“**  
Im Kurgelbiete Hitzacker (Elbe)  
Von Privat zu vermieten  
2 Zi., 55 m<sup>2</sup>, ab 199,- + NK mtl.  
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.  
Betreuung möglich, gegenüber im  
**Alten- u. Pflegeheim  
„Bellevue“**  
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550  
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße



## Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.

Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der CDU Deutschlands**  
**Leserbriefe**  
**Konrad-Adenauer-Haus**  
**Klingelhöferstraße 8**  
**10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

### **Der Welpenschutz ist vorbei** **Zur Souverän 2-2014, S. 25 ff**

Sie titulieren Ihr Magazin „Das Magazin für Mut zur Zukunft“. Bedauerlicherweise fehlt aber dieser Mut bei der Energiewende, die zu begrüßen wäre, wenn man sie richtig durchführt und hiermit Persönlichkeiten beauftragt, die über das notwendige Fachwissen verfügen. Zunächst hätte man den Deutschen die bereits sprichwörtliche „German-Angst“ nehmen müssen, indem man sie sachlich über die Kernreaktoren der neuen Generation aufklärt. Mit diesen ist weder ein GAU möglich, noch hinterlassen sie radioaktiven Müll. Sie erzeugen darüber hinaus CO<sup>2</sup>-frei Strom, und das zu Kosten, die im einstelligen Cent-Bereich liegen.

Bereits in den 80er-Jahren war in Hamm-Uentrop der in unserem Lande entwickelte und gebaute Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) nach dem Kugelhaufenprinzip erfolgreich in Betrieb. Eine technische Meisterleistung der deutschen Industrie und Ingenieure ...

Es sollte auch bekannt sein, dass am Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin an der Betriebsfertigkeit des sog. Dual Fluid Reaktors (DFR) gearbeitet wird. Auch dieser Reaktor ist umweltfreundlich und liefert Strom im einstelligen Centbereich ...

**Wilhelm Westendarp, 31303 Burgdorf**

### **Der Westen und der Rest der Welt** **Zur Souverän 1-2014, S. 20/21**

Herrn Prof. V. Steinkamp ist Dank für diesen ehrlichen, aber für Viele unschönen, Beitrag zu zollen. Die westliche Welt war seit nahezu 2000 Jahren das Maß allen technischen und kulturellen Fortschritts. Entwicklung und Fortbestand unserer Zivilisation und

unseres Wohlstandes waren für uns ohne unsere kulturellen und christlichen Werte undenkbar. Diese Abhängigkeit besteht nicht mehr. Weder bei uns und erst recht nicht bei unseren globalen Konkurrenten ... Sich von diesem Bewusstsein zu verabschieden ist schwer, denn unsere Werte vermitteln uns in den eigenen vier Wänden eine beruhigende und gefällige Wohlfühlatmosphäre. Aber selbst unser Geldbeutel macht da schon nicht mehr mit. Mit dem Kauf eines Produktes billigen und kaufen wir indirekt auch die hierfür notwendigen Produktionsbedingungen, die wir selbst nie für unsere eigene Existenz akzeptieren würden. Es ist deshalb nahezu bigott, dass wir für uns und auch für unsere Produktionsbedingungen unsere erfolgreichen Werte/Bedingungen fordern, aber für unseren Konsum und unseren Wohlstand Produkte akzeptieren, deren Preis-Leistungs-Verhältnis niemals mit unseren Werten erreichbar ist. Dazu gehören auch die täglichen Discount-Rosen aus Kenia, das Plastikspielzeug aus China, die Garnelen aus Vietnam, der Haarschnitt für € 15 und ein erheblicher Teil der PKW. Auch das in Asien übliche Verschrotten von Schiffen unter zu verabschweigenden Bedingungen und damit das Recycling von Rohstoffen führt zu für uns billigen Produkten. Der Welthandel mit seinem globalen Preisvergleich hat mit unserer Preiszustimmung alle emotionalen Rücksichten zermalmt. Mit der Globalisierung und der Lösung der Produktionsergebnisse von unseren kulturellen Vorbedingungen ist es endgültig vorbei mit unserem bisher berechtigten Blick zurück.

Selbst der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ ist unter dieser Prämisse kaum noch haltbar. Denn sozial sollen zwar die Leistungen des Staates, unsere Produktionsbedingungen und daraus unser Einkommen sein, für den anderen Teil des Marktes, unseren Einkauf/Konsum und unseren Wohlstand akzeptieren wir aber alle nur denkbaren unsozialen Bedingungen, die erst die Herstellung dieser Produkte zu diesen Preisen möglich machen. Um nicht unsere Werte-Illusionen wahlwirksam zu zerstören, werden alle Politiker dieses Thema meiden. Wir können auf unsere Werte beharren und ihre Einhaltung von Anderen fordern. Der Welthandel und unser Konsumverhalten verhöhnen diese Forderung.

**Klaas Ockenga, 67454 Haßloch**

Ich bin anderer Meinung und möchte diese kurz begründen. Die militärischen Mittel, aber auch die wirtschaftlichen Möglichkei-

ten sind gescheitert. Weder die EU noch die USA sind in der Lage, diesen Druck, wie ihn US-Präsident Bush aufgebaut hat, aufrechtzuerhalten. .... Falls Europa und Deutschland, aber auch die USA an einem Weltfrieden interessiert sind, müssen ganz andere Wege beschritten werden.. Ich nenne als Beispiel die Bundesregierung und ihr Bemühen, mit dem afrikanischen Kontinent auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten ... Wir sollten die UNO und den Sicherheitsrat reformieren. Die drei Großen verlieren ihr Vetorecht. Damit wäre eine Blockade des Sicherheitsrates nicht mehr möglich. Ersatzweise könnte die UNO einen Bußgeldkatalog einführen für Verstöße gegen ihre Satzungen und Beschlüsse ... Was wir weltweit brauchen ist Frieden, medizinische Versorgung, Beseitigung von Hunger und die Einhaltung der von der UN beschlossenen Menschenrechte für alle Staaten, aber genauso auch für Einzelpersonen oder Gruppen. Nebenbei würde es sich auch lohnen, die Korruption und die weltweiten Finanztransaktionen zu regeln...

**Jürgen Dolling, 23812 Wahlstedt**

Ich beglückwünsche Sie zum Abdruck dieses Artikels. Ich bin sehr beeindruckt, dass Sie als Organ der Senioren-Union solche klarsichtigen, wenngleich vielleicht auch nur visionären Beiträge bringen.

**Erich Weickel, 49477 Ibbenbüren**

### **Wunsch(denken) oder Wirklichkeit?** **Zur Souverän 2-2014, S. 12 ff**

Ich bin wie Sie der Ansicht, dass jeder für seine Gesundheit selbst verantwortlich ist. Schadet er seiner Gesundheit, indem er sich nicht vernünftig ernährt und sich kaum bewegt, so muss die Solidargemeinschaft die Kosten für die hieraus resultierenden Krankheiten nicht übernehmen. Ihren Ansatz, auf Alkohol, fettige Nahrungsmittel (Fett), süße Nahrungsmittel (Zucker) und Nikotin eine Sondersozialabgabe zu erheben, halte ich für schwierig. Für Alkohol und Nikotin ist das sicher machbar und zum Teil bereits geschehen (leider fließen die Gelder in andere Kanäle). Für fettige und süße Nahrungsmittel ist das sicher schwierig. In fast jedem Lebensmittel sind Fette und Zucker enthalten. Wo wollen Sie da die Grenzen ziehen. Zudem würden auch die bestraft, die vernünftig mit diesen Lebensmitteln umgehen. Ich bin dafür, dass die Krankenkassen denjenigen eine jährliche Prämie gewähren, die auf ihre Gesundheit achten und sich entsprechend verhalten.

**Klaus Odenwald, 27299 Langwedel**

Der Autor Leonhard Kuckart spricht mir aus dem Herzen mit seinen Worten „Die Prävention muss künftig eine viel wichtigere Rolle einnehmen als bisher ...“ sowie „Unsere Gesellschaft und jeder Einzelne sollten alles dafür tun, die (eigene) Gesundheit zu erhalten und zu fördern“, aus dem Herzen. Aus dem großen Strauß der Möglichkeiten greife ich nur die Lärmvermeidung heraus. Die Beschallung unseres sensiblen Gehörorgans nimmt ständig zu. Verkehrslärm, Lärm durch Bauarbeiten an den verschiedensten Orten, Lärm in der Disko und bei Rockkonzerten usw. setzt dem Gehör ständig zu. Der Geräuschpegel bei der täglichen Arbeit ist oft so hoch, dass auf Kopfhörer und Ohrstöpsel nicht verzichtet werden kann. Kinder mögen Lärm, doch Erzieherinnen in Kitas sowie Lehrer sind dem schutzlos ausgeliefert.

Prävention ist mehr als nötig. Der jährliche Tag gegen den Lärm bekommt nicht den Stellenwert, der dringendst geboten ist. Es gibt so viele Möglichkeiten der Lärmpegelminderung. Die Verwendung schallschluckender Materialien in Schulen und Kitas, „Flüsterasphalt“ auf Straßen und strikte Einhaltung von Lärmemissionsgrenzen sind nur einige Punkte. In diversen Städten wurde schon ein Lärmaktionsplan aufgestellt, um den zunehmenden Schallemissionen Einhalt zu gebieten. Nach Rockkonzerten haben die Ohrenärzte Hochkonjunktur, hier ist Prävention mehr als angezeigt. Die ehrenamtlich tätigen Tinnitus und Hörsturz-Selbsthilfegruppen fangen diese Opfer auf unter dem Motto „Hilfe durch Selbsthilfe“. An dieser Stelle ist ein Dank an die Krankenkassen angebracht. Sie haben erkannt, dass die von ihnen finanziell unterstützte Selbsthilfe den betroffenen Menschen helfen kann, im lärmintensiven Alltag weiterhin bestehen zu können und nicht zu verzweifeln.

**Friedrich-Wilhelm Trottmann,  
25761 Büsum**

Die Ansätze in Ihrem Artikel finde ich super und unterstütze diese sehr gern. Aber mit der Solidarität im Einzelnen und im Großen und Ganzen bin ich nicht einverstanden. Der Staat, die Allgemeinheit, die Institutionen, die Ärzteschaft und alle sozialen Einrichtungen sind überfordert, wenn das Individuum versagt.

Es ist bekannt, dass wohlbeliebte Menschen kränker sein können als dünne Menschen. Ausnahmen bestätigen hier die Regel. Alle Veröffentlichungen der Gesundheitspflege (Apothekerzeitung, Illust-

rierten, Ärzten, etc.) werden gelesen und ad acta gelegt: "mich betrifft das ja nicht, und wenn, dann wird mir von der Solidargemeinschaft geholfen. Dass dadurch unser gesamtes Gesundheits-System ausgehöhlt wird und weiter Beitragserhöhungen aller Versicherten ins Haus stehen, interessiert offenbar keinen ...

Ihr Vorschlag: die Getränke-Industrie mit höheren Steuern zu belasten, oder die Tabaksteuern oder Ähnliches zu erhöhen, geht meiner Meinung nach ins Leere. Durch unsere multinationale Welt, lässt der Hersteller seine Produkte in einem Land mit niedrigen Steuern produzieren und verkauft diese in Deutschland. Beispiel Tabakwaren: die Fabrik-Zigaretten, die in Deutschland versteuert und verkauft werden, haben deutlich nachgelassen. Aber fragen Sie einmal die Statistik: welche Mengen an niedrig-versteuerten im Ausland und im europäischen Ausland produziert und in Deutschland verkauft wurden. Dann fragen Sie einmal die Statistik, welche Mengen an Feinschnitt (geeignet für die Eigenproduktion von Zigaretten) verkauft wurden, dann sieht die Verringerung des Tabak-Konsums völlig anders aus.

**Hado Görlach, Senioren-CDU Südpfalz,  
per E-Mail**

Vergnügen privatisieren - Schäden sozialisieren. Nach diesem Prinzip wird im gesellschaftlichen Leben viel zu häufig verfahren, so dass man im Grunde den wirklich Bedürftigen – wie chronisch Kranken – viel zu wenig helfen kann. Beispiel: Komasaufen und Schadensregulierung durch Krankenkassen. An die 5000 behinderte Kinder kommen jährlich in Deutschland zur Welt. Ich gehe davon aus, dass ein großer Teil dieser Erkrankungen durch unverantwortliches Verhalten der Eltern verursacht wird, das vielleicht schon Jahre vor der Geburt angefangen hat und nach der Geburt fortgesetzt wird. Alkohol, Nikotin, sonstige Drogen, Fettleibigkeit, Bewegungsdefizite, gefährliche Sportarten und falsche Ernährung: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, dem Missbrauch von Konsumgütern und der Ausbeutung der Sozialkassen vorzubeugen, entweder durch höhere Steuern oder durch spezielle Sozialabgaben (bei den Krankenkassen). Es ist alles schon diskutiert worden. Deswegen möchte ich mich ganz klar dafür aussprechen, dass man anfängt, diesen Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Wie soll denn ein Jugendlicher oder eine Jugendli-

che Verantwortung für den eigenen Körper lernen, wenn er/sie bis zur Bewusstlosigkeit trinkt und anschließend die Solidargemeinschaft ohne jede Kritik die Kosten übernimmt, damit kurze Zeit später das Spiel von vorne losgehen kann.

**Horst Maess, per E-Mail**

**Sprache macht mündig  
Zur Souverän 2-2014, S. 37**

Ich stimme Ihnen hundertprozentig zu. Aber es gibt noch eine Sache, die mich tierisch aufregt. Sie zeigt, wie wir uns von Werbung beeinflussen lassen. Statt feststehender Begriffe nennen viele Leute nur die Marke. Beispiele: Tempo statt Papiertaschentuch, Haribo statt Gummibärchen, Kleenex statt Kosmetiktücher. Wir können dem nur entgegenwirken, indem wir mit unseren Kindern und Enkelkindern immer wieder darüber sprechen.

**Wolfgang P. Sprungk, 56727 Mayen**

Dieser Bericht hat mir sehr gut getan. Ich bin Mitglied im Verein Deutsche Sprache (VDS). Dieser Verein hat einen Anglizismen-Index herausgegeben.

**Jürgen Bäurle, 88499 Riedlingen**

Vielen Dank für den Artikel ... Übrigens: Konrad Adenauer hat schon 1953 beim Kongress des Deutschen Journalistenverbandes darum gebeten, auf die deutsche Sprache zu achten: „Meine Damen und Herren, sorgen Sie doch bitte dafür, dass unsere deutsche Sprache wirklich anständig und ordentlich bleibt, lassen Sie die Amerikanismen weg.“ Und er plädierte für „gutes, sauberes, reines Deutsch“ ...

**Hermann-Joseph Konze,  
Chefredakteur i.R., 36043 Fulda**

**Die Schranken der eigenen  
Macht beachten  
Zur Souverän 1-2014, S. 14/15**

Ich gratuliere Ihnen, Herrn Professor Steinberg für die Veröffentlichung seines brillanten Beitrags zur repräsentativen Demokratie gewonnen zu haben. Jetzt bleibt nur noch zu wünschen, dass sich auch die Mandatsträger unserer Partei, die bayerische Schwesterpartei selbstverständlich inbegriffen, bei Wahlveranstaltungen und anderen öffentlichen Auftritten dessen bewusst sind, dass populistisch anmutende und wahltaktische Plädoyers für mehr direkte Beteiligung des Volkes an Entscheidungen der Anfang vom Ende der bewährten repräsentativen Demokratie sind.

**Franz Fass, 73061 Ebersbach**

# Vollständige Gleichberechtigung **anstreben!**

Die deutsche Sprache ist laut Duden mit 500.000 Wörtern eine der wortreichsten auf der Welt. Zum Vergleich: Das Französische umfasst ca. 100.000 Wörter. In der europäischen Gemeinschaft ist „Deutsch“ mit über 100 Millionen Menschen die meistgesprochene Sprache – noch!

Und unsere Bürger schätzen sie! Nach einer Umfrage des Instituts für Deutsche Sprache 2009 geben weiter über 80 Prozent an, dass ihnen die deutsche Sprache gut bis sehr gut gefällt.

Fast 60 Prozent aller Menschen in unserem Land sind stolz auf sie und 47 Prozent empfinden Liebe für ihre Sprache und beschreiben sie als schön, anziehend, logisch aber auch schwierig.

Aber, zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, dass die deutsche Sprache „immer mehr zu verkommen“ droht. Und was besonders bemerkenswert ist, ist die Einstellung der jungen Generation. 53 Prozent von ihnen zwischen 16 und 29 Jahren teilen die Sorge der Mehrheit. Diese ärgert sich über die englischen Begriffe wie „Kids“, „E-Mail“ oder „chatten“ und betrachten die Anglizismen als Beispiel für den Verfall der deutschen Sprache, obwohl diese nur ein Prozent ausmachen.

Sprache ist nicht nur ein Mittel der Verständigung zwischen Menschen und damit

Grundbedingung jedweder zwischenmenschlichen Kooperation. Die Gemeinsamkeit der Sprache ist auch mit Grundlage unseres Nationalstaats. Sie trägt zur inneren Einheit und zum Zusammenhalt bei. Ohne die Fähigkeit, allgemein gültige Gesetze in der Sprache (oder wie in bi- und multilingualen Ländern in mehreren Sprachen) zu erlassen, die alle Bürgerinnen und Bürger verstehen können, kann kein Staat bestehen.

Die deutsche Sprache ist laut des Schlussberichts der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ „das prägende Element der deutschen Identität“ und Kultur. Ihre Vielfalt und Schönheit zeigt sich nicht zuletzt in den großen und traditionsreichen Werken der deutschsprachigen Literatur. Zudem geben die zahlreichen Dialekte den Regionen ihren unverwechselbaren Charakter. Auch die Minderheitensprachen wie Dänisch, Friesisch und Sorbisch leisten einen wichtigen Beitrag zur Identität, das gilt auch für das Niederdeutsche.

Die Beherrschung einer Sprache ist auch die Voraussetzung dafür, an gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen überhaupt erst teilhaben und auf sie einwirken zu können. Demokratie lebt von Sprache.

Die deutsche Sprache ist auch über Deutschland hinaus bedeutsam. Für rund 100 Millionen Menschen ist deutsch die Muttersprache und rund 20 Millionen lernen weltweit deutsch als Fremdsprache. Fast ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger der EU spricht deutsch (32 Prozent). Mit einem Anteil von 18 Prozent ist Deutsch darüber hinaus die meistgesprochene Muttersprache in der Europäischen Union.

Die deutsche Sprache ist eine von 22 gleichberechtigten Amtssprachen und neben englisch und französisch eine der drei Arbeitssprachen der Europäischen Union. Faktisch hat jedoch eine Reduzierung auf zwei Arbeitssprachen – nämlich englisch und französisch – stattgefunden. Die Folge ist, dass viele beratungs- und entscheidungsrelevante EU-Dokumente entweder gar nicht oder nur unvollständig in deutscher Sprache vorgelegt werden. Dadurch wird unsere Sprache auf europäischer Ebene zunehmend verdrängt, ein nicht vertretbarer Zustand. Die europäischen Institutionen müssen die vollständige und ausnahmslose Gleichberechtigung des



Der Autor:  
**Wolfgang Börnsen**,  
MdB a.D., ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Schleswig-Holstein

Deutschen als Arbeitssprache endlich akzeptieren und praktizieren. Der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung und der Bundespräsident sind aufgefordert zu handeln und es nicht bei nutzlosen Appellen zu belassen.

Mehrsprachigkeit und nicht Einsprachigkeit bereichert Kultur und Wissenschaft. Praktiziert werden sollte deshalb ein Nebeneinander der englischen „Weltsprache“ und der jeweiligen Muttersprache. Diese muss aber auch beherrscht werden, das heißt, jedes Kind in Deutschland sollte beim Schuleintritt in der deutschen Sprache zu Hause sein. Ohne verbindliche bundesweit vergleichbare Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von vier Jahren wird dieses Ziel nicht erreichbar sein. Bei Bedarf müssten auch verpflichtende gezielte Sprachprogramme vor der Schule, sowie solche die unterrichtsbegleitend während der Schulzeit, stattfinden.

Das gilt auch für die Förderung der deutschen Sprache im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten. Sie ist Voraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Partizipation und sozialen Aufstieg. Sprachförderung darf sich aber nicht nur auf die Heranwachsenden beschränken, da der wichtigste Erfolgsfaktor für deren Spracherwerb die Sprachkompetenz der Eltern ist.

Unsere Sprache ist das zentrale Bindeglied unserer Gesellschaft. Sie ist die Voraussetzung für das Funktionieren unsere Demokratie und Grundelement unserer kulturellen Identität. Sie zu pflegen und zu erhalten muss uns deshalb eine Verpflichtung sein. Unsere Sprache ist das prägendste Element deutscher Identität.

Trotz der hier dargestellten Bedeutung ist die deutsche Sprache nicht im Grundgesetz erwähnt. Stolz auf Sprache sieht anders aus. In vielen europäischen Staaten und auch weltweit existieren eindeutige verfassungsrechtliche Regelungen für die eigene Nationalsprache. Bei uns nicht. Wer den schleichenden Bedeutungsverlust unserer Sprache beklagt, der sollte sich der Forderung anschließen: Jetzt, in dieser Legislaturperiode, sollte die Koalition von CDU/CSU und SPD mit ihrer Mehrheit dafür sorgen, dass unsere Nationalsprache endlich einen rechtlichen Status im Grundgesetz erfährt. ■

## Buchtipp:

### Und immer stark sein

Dieses Buch ist eine Würdigung der Frauen, die zwischen den Kriegen geboren sind und heute auf ein langes Leben zurückschauen. Viele von ihnen haben mit eigenen Händen die Trümmer des Krieges beseitigt, haben dieses Land in körperlicher und emotionaler Schwerstarbeit wieder aufgebaut, weit über die Nachkriegsjahre hinaus. Orden haben sie dafür nie bekommen, weder für ihre Kriegsverletzungen, noch für ihre ganz alltäglichen Heldentaten.



Ein Buch, das Generationen miteinander ins Gespräch bringt.

**Ute Elisabeth Mordhorst: Und immer stark sein, Herder-Verlag, Freiburg 2014, ISBN 978-3-451-31217-5, 128 Seiten, € 16,99**

## Rezension:

### „Wir sind zu unserem Glück vereint“

**Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, über eine Autobiografie des überzeugten Europäers und heutigen Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering.**

Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und einziger Abgeordneter, der seit der ersten Direktwahl 1979 dem Parlament angehörte, hat ein überaus lesenswertes Buch geschrieben. Sein Titel lautet: „Wir sind zu unserem Glück vereint“. Es behandelt in sehr spannender Weise den Einfluss des Europäischen Parlaments im Verlauf der Verhandlungen über die Deutsche Einheit und gibt einen interessanten Einblick in viele persönliche und bislang unbekannte Gespräche des Autors mit den bedeutenden Staatsmännern in der Zeit der Wende.

Sehr anschaulich schildert er im Rückblick auf seine Jugendjahre seine ersten Begegnungen mit der Politik, die ihn neugierig machten und schließlich seine



Leidenschaft für die res publica entfalten. Für nicht wenige unter den Seniorinnen und Senioren werden wieder eigene Erfahrungen und Erlebnisse lebendig, an die sie sich noch genau erinnern können. Und für die Jüngeren gibt das Buch interessante Hinweise darauf, wie intensiv Politik ein Leben beeinflussen und wie man mit ihr umgehen kann. Das macht die Lektüre des Buches so ansprechend und reizvoll. Es hält Ereignisse wach, die nicht vergessen werden dürfen und erinnert daran, dass auch die kühnsten Ideen in der Politik einmal Wirklichkeit werden können, wenn man geduldig und verlässlich bleibt und die Hoffnung nicht aufgibt.

Nicht minder gibt es einen höchst informativen Überblick über die Vielfalt des Europäischen Parlaments mit all' seinen temperamentvollen und sogar explosiven Seiten. Schließlich beweist das Buch überzeugend die Bedeutung Europas als

Hoffnungsträger für alle Menschen in der Welt, die der Freiheit verbunden sind.

„Wir sind zu unserem Glück vereint“ - ein empfehlenswertes Buch!

**Wir sind zu unserem Glück vereint - Mein europäischer Weg (Autobiografie) Hans-Gert Pöttering, Böhlau-Verlag, Köln 2014, ISBN 978-3-412-22262-8**

# WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

## SCHLOSSHOTEL OTH <sup>★★★★</sup>

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus  
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

**Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!**

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

**SOVERÄN - Sonderpreis:**

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

**7 NÄCHTE**

inkl. Frühstück  
bis 11 Uhr

**€398,-**

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich  
Infos  
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren  
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**

Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**  
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**

